

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1899 unter Nr. 7020.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Kreisredakteur: Adolf I. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 12. September 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorjährigen Parteitages findet der diesjährige in Hannover statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Montag, den 9. Oktober

nach Hannover in den „Ballhof“, Burgstr. 9, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Montag, den 9. Oktober und die folgenden Tage:

1. Konstituierung des Parteitages. Wahl des Bureau's. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
Berichterstatler: J. Kuer und A. Gerisch.
3. Bericht der Controleure.
Berichterstatler: S. Meißner.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
Berichterstatler: G. Hoch.
5. Die Zuchthausvorlage vor dem Reichstage.
Berichterstatler: M. Segiß.
6. Erörterung über Punkt 3 des Programms.
Berichterstatler: J. Scher.
7. Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei.
Berichterstatler: A. Debel.
8. Die Maifeier 1900.
Berichterstatler: B. Pfannkuch.
9. Anträge zum Programm und zur Organisation.
10. Sonstige Anträge.

Für Sonntag, den 8. Oktober, ist seitens der Parteigenossen Hannovers eine Empfangs- und Begrüßungsfeier vorgesehen. Dieselbe findet von nachmittags 3 Uhr ab im

„Palmengarten-Konzerthaus“,

Eingang Göttestraße, statt.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

Kugust Loherberg, Hannover, Burgstr. 9.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegierten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge müssen spätestens den 15. September in den Händen des Vorstandes, Adresse:

J. Kuer, Berlin SW., Kaybachstr. 9 I

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Partei-Organisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit dieses in Bezug auf Quartier u. die notwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare, mit deren Vereidigung am 8. September begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Adresse

J. Kuer, Berlin SW., Kaybachstr. 9 I

zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“ noch in der dem Parteitag vorzuliegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitage entweder persönlich zu vertreten oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Presse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Berlin, den 8. August 1899.

Mit socialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Nach dem Urteil.

Sobald nach Fällung des Urteils (siehe Jaurès folgendes für die „Petit République“:

Mit erhobenem Haupt und hohen Herzens haben wir das abscheuliche Urteil der Lüge und des Mordes angehört. Der herrliche Militarismus hat ein Verbrechen ohne gleichen vollführt. Es hat stets gerichtliche Urteile, stets unschuldig Verurteilte gegeben. Aber noch nie hat man Menschen gesehen, die nach Erkenntnis des Irrtums gegen einen Unschuldigen wüteten und ihn zum zweitenmale verurteilten. Das ist eine ungeheuerliche Herausforderung gegen das Gewissen und die Vernunft.

Die Rasse, welche dieses Verbrechen begangen hat, steht von heute ab außerhalb der Menschheit. Entweder sind die fünf Offiziere, die Dreyfus noch einmal verurteilten, durch die Sophismen der Generale und Offiziere in den Glauben versetzt,

Dreyfus sei in der That schuldig, und dann haben sie sich selbst vollkommen jeder menschlichen Vernunft bar erklärt, denn diese stellt die Unschuld Dreyfus, den Verrat Esterhazys mit unbedingter Gewißheit fest. Oder, was wahrheitsgemäßer ist, sie haben den Unschuldigen mit dem vollen Bewußtsein seiner Unschuld verurteilt, um die schuldigen Generale zu retten, und dann stehen sie außerhalb des menschlichen Gewissens. Von heute ab giebt es zwischen dieser wahnsinnigen oder verbrecherischen Rasse und der Nation nichts Gemeinsames mehr.

Daher beunruhigt und die abscheuliche Koalition der Lüge und des Verbrechens auch nicht: sie wird keine andere Wirkung haben, als die: den revolutionären Haß gegen den Militarismus weiter zu verbreiten. In den großen menschlichen Schmerz, der unser Herz zusammenkampt, mischt sich eine bittere Freude: die harte Wollust der Empörung, des Hasses und der Verachtung.

Die Verbrecher des Jesuitismus und des Generalstabes haben ihr Verbrechen doch nicht vollbringen können, ohne in der Armee selbst einen Anfang des Widerstandes zu erwecken. Unter sieben Offizieren fanden sich zwei, die trotz des Druckes der Generale sagten: „Nein, Dreyfus ist nicht schuldig.“ Binnen kurzem werden diese beiden Stimmen in dem Gewissen der Soldaten ein lautes Echo finden als das Urteil des Gerichts.

Jeder Mensch, jeder Bürger, jeder Soldat wird sich sagen: „Wenn zwei von sieben Offizieren es ablehnten, diesen Mann zu verurteilen, gegen welchen sich die gesamten Epigen der Armee und die gesamte Kirche verschworen hatten, so muß er vollkommen unschuldig sein.“

Aber selbst die fünf Offiziere der Inquisition sind vor ihrem eigenen Verbrechen zurückgebebt, sie haben Dreyfus in mildernde Umstände bewilligt. Warum? Weshalb? Wenn er, ein Offizier des Generalstabes, wirklich Verräterei getrieben hat, wenn er keine Ausnahmestellung mißbraucht hat, um dem Feinde wertvolle Geheimnisse Frankreichs anzuliefern, welche mildern- den Umstände kann er verdienen?

Die Wahrheit ist, daß die Heuler Furcht gehabt haben, daß ihnen die Hand geillert hat, daß sie bei der Herausforderung, die sie dem menschlichen Gewissen entgegenstellten, geschwankt haben. Welch Geständnis der Unschuld Dreyfus! Wir werden mit verdoppelten Kräften den schönen revolutionären und menschlichen Kampf gegen den verbrecherischen Militarismus aufnehmen, der in seinem Verbrechen selbst ohnmächtig wird!

Aber jetzt, hoffe ich, werden die Ratschläge der Juristen nicht gehört werden. In dieser entscheidenden Stunde würde es unsfererseits ein Verbrechen sein, die republikanische Regierung durch den geringsten Vorwurf zu schwächen. Ihr ganzes Verbrechen ist gewesen, die Tiefe der verbrecherischen Gesinnung des Militarismus nicht zu ermessen.

Jetzt wäre es unverzeihlich, wenn sie auf die ungeheuerliche Herausforderung, welche die Reaktion ihr durch das Urteil von Rennes entgegengeschleudert hat, nicht kraftvoll antwortete.

Die Ratzen glaubten, um den Kampf zu gewinnen, müßte man die Generale schonen und die Verbrecher der Fälscher mit dem Mantel der christlichen Liebe bedecken. Wir dagegen glaubten, daß nur Keulenschläge, wie sie zuweilen Labori ausgeteilt hat, die Freiheit der Generale niederzuschlagen und den Panger von Vorurteilen, mit dem die Richter unuhalt waren, zerschmettern konnten. Laboris Taktik, die ebenso klug wie kraftvoll war, hat einen Teil seiner Freunde erschreckt, und mit bewunderungswürdiger Selbstverleugnung verzichtete er auf das Plaidoyer.

Demange ist in seiner Methode der einfachen Beweisführung bewunderungswürdig gewesen, und bei niemandem, der sein Plaidoyer liest, kann auch nur der leiseste Zweifel an der Unschuld Dreyfus' zurückbleiben.

Aber die Erfahrung hat hier wieder einmal gezeigt, daß es gegenüber verbrecherischen Rassen, die ihr eigenes Verbrechen zu verdecken haben, nicht genügt, Vernunft zu reden. Man muß den Blig schleudern, und die rühende Leidenschaft Laboris wäre zugleich die größte Klugheit gewesen. Ich sage dies nicht, um für den großen Verteidiger zu sprechen, der aus diesen schmerzlichen Prüfungen mit ungebrochener Kraft und gesteigertem Ansehen hervorgeht. Ich sage es vielmehr, damit alle begreifen, welche Lehre uns die Ereignisse geben.

Nun, auf zur That gegen die Banditen des Militarismus!

Das unsinnige und verbrecherische Urteil von Rennes verdient im Wortlaut festgehalten zu werden. Es lautet:

Im Namen des französischen Volkes!

Heute, am 9. September 1899, hielt das Kriegsgericht des 10. Armeekorps zu Rennes eine Sitzung mit Ausschluß der Öffentlichkeit.

Der Präsident hat folgende Fragen gestellt:
 Ist Hauptmann Alfred Dreyfus vom 14. Artillerieregiment, kommandiert zum Generalstab der Armee, schuldig, im Jahre 1894 Nachrichten angezettelt zu haben oder Beziehungen mit einer fremden Macht oder mit einem ihrer Agenten unterhalten zu haben, um sie zu veranlassen, Feindseligkeiten zu begehen oder Krieg gegen Frankreich zu unternehmen, oder um ihr die Mittel dafür zu liefern, indem er ihr die im Vorderbau ansatzhaften und im Urteil des Kassationshofes vom 3. Juni 1899 erwähnten Schriftstücke überlieferte?

Die Stimmen wurden gesondert eingesammelt, indem man beim untersten Grade und bei dem dienstlichsten jedes Grades begann. Der Präsident hat seine Stimme als letzter abgegeben.

Das Kriegsgericht erklärt und zwar mit einer Majorität von 5 gegen 2 Stimmen:

Der Angeklagte ist schuldig, und mit Majorität, es sind mildernde Umstände vorhanden.

Hierauf hat in Anbetracht der von dem Regierungs-Kommissar in seinen Anträgen gezogenen Schlussfolgerungen der Präsident den Text des Gesetzes verlesen und von neuem die Stimmen unter den gegebenen Formen eingesammelt hinsichtlich des Strafmaßes. In- folgedessen ist Alfred Dreyfus zu zehnjähriger Haft verurteilt worden unter Anwendung des Artikels 76 des Strafgesetzbuchs, des Artikels 7 des Gesetzes von 1890, des Artikels 5 der Konstitution von 4. November 1848, des Artikels 1 des Gesetzes vom 8. Juni 1850, 17. der Paragraphen 1 und 463 des Strafgesetzbuchs, der Paragraphen 89 bis 267 und 139 des militärgerichtlichen Gesetzbuchs. Das Gericht setzt die Dauer der körperlichen Haft auf das gesetzlich zulässige Minimum fest, gemäß dem Gesetze vom 22. Juli 1863, abgeändert durch dasjenige vom 19. Dezember 1871. Dreyfus ist zu degradieren.

Dem Regierungs-Kommissar wird befohlen, vor der ins Gewehr getretenen Wache dem Verurteilten unverzüglich das Urteil in seiner Gegenwart vorlesen zu lassen und ihm anzukündigen, daß ihm nach dem Befehl eine Frist von 24 Stunden zur Einlegung der Berufung zu- steht.

Der Verurteilte.

Eine Stunde nach dem Urteilspronounce hatte Demange eine Zusammentkunft mit Dreyfus. Bei seiner Rückkehr erklärte er mehreren Journalisten: „Ich habe nur einen Handrücken mit Dreyfus gewechselt. Er hat sich vollständig in sein Schicksal ergeben, aber er ist bereit, weiter zu kämpfen, und wird sein Revisions-gesuch unterzeichnen.“

Dreyfus erhielt noch im Laufe des Abends nach dem Urteil eine ganze Anzahl Beileids-telegramme, worin er aufgefordert wird, nicht den Mut zu verlieren, man werde im Kampfe für die Gerechtigkeit nicht nachlassen.

Am Sonntagmorgen wurde Dreyfus von seiner Frau und seinem Bruder Mathieu besucht. Diese legte Unterredung mit seinem Bruder verlief sehr bewegt, doch zeigte sich Dreyfus guten Mutes und, wie auch seine Familie, über den Endausgang seines Prozesses sehr beruhigt.

Dreyfus unterzeichnete das Revisions-gesuch gegen das Urteil des Kriegsgerichts.

Die Straffart.

Ueber die Art der Strafe (Detention), die über Dreyfus erkannt wurde, wird der „Post. Zig.“ folgendes geschrieben:

Artikel 20 des Code Pénal sagt: „Jeder zur Detention Verurteilte wird in einer Festung des kontinentalen Frankreich interniert... Der Verkehr mit dem Internierten oder des Detentionsortes befindlichen Personen ist ihm nach Maßgabe der im Verordnungsweg ergangenen einschlägigen Polizeivorschriften gestattet.“ Die Detention entspricht also im großen und ganzen unserer Festungshaft, nicht dem Gefängnis. Nichts desto weniger ist sie trotz der verhältnismäßigen Freiheit, deren sich nach Ausweis des citierten Art. 20 des Code Pénal der von ihr Betroffene erfreut, nicht ganz so wie die Festungshaft des deutschen Reichs-Strafgesetzbuchs custodia honesta (ehrenvolle Verwahrung), vielmehr hat sie nach Art. 28 im Gefolge die „Dégradation civique“ (bürgerliche Entehrung). Diese schlägt nach Art. 34 in sich Absetzung und Ausschließung von allen öffentlichen Ämtern, Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts, überhaupt aller politischen und bürgerlichen Rechte, sowie des Rechts zum Tragen von Orden und Ehrenzeichen, desgleichen Unfähigkeit, als Sachverständiger oder beidseitig Zeuge aufzutreten, an einem Juristenrathe teilzunehmen, Vormund oder Gegenvormund zu sein usw.; endlich in der Armee oder Nationalgarde zu dienen, sowie irgend ein Lehramt zu bekleiden. Eine weitere Folge ist laut Art. 29 Versetzung in den Zustand der Entmündigung: so werden zur Verwaltung seines Vermögens Vormund und Gegenvormund bestellt, wie für jeden Entmündigten sonst auch.

Eine Adresse an Dreyfus.

Am Sonnabendabend wurde dem verurteilten Dreyfus folgende Adresse zugestellt:

Rennes, 9. September 1899.

Die Unterzeichneten, in Rennes am 9. September 1899 anwesend, sind beim Verlassen der Sitzungen des Kriegsgerichts mehr als je von Ihrer Unschuld überzeugt und drücken Ihnen den tiefen Schmerz aus, den Ihnen Ihre neue Verurteilung verursacht.

Zwei Ihrer Richter, zwei mutige Offiziere, haben Ihren Verteidigern recht gegeben; die andern haben ihre Gewissensurteile erkennen lassen, indem sie mildernde Umstände bei einem Verbrechen bewilligten, für das es eine Milderung nicht giebt.

Hürden Sie nicht, daß wir Sie verlassen; wir verpflichten uns, der Sache der Gerechtigkeit und der Wahrheit treu zu bleiben! — Es folgen zahlreiche Unterschriften von Professoren, Schriftstellern, Politikern. —

Der weitere Prozeßgang.

Meldung der „Agence Havas“: Der weitere Gang der Dreyfus-Angelegenheit dürfte, wie hier angenommen wird, folgender sein: Nach Einreichung des Revisions-gesuches würden die Akten sofort nach Paris, dem Orte des Revisions-gerichts, abgehen. Die zuständige Behörde werde die Akten prüfen und sie einem von ihr zu wählenden Berichterstatter zustellen, der einen eingehenden Bericht liefern werde. Eine zu diesem Behufe eingesetzte Kommission werde über die Begründetheit der im Revisions-gesuch vorgebrachten Punkte entscheiden und das Revisions-gesuch alsdann in letzter Instanz urteilen. Wenn dieses das Urteil des Renneser Gerichts kassiere, werde der Angeklagte vor ein neues Kriegsgericht gestellt werden, in andern Falle müßte die erkannte Strafe volle Wirksamkeit erlangen.

Andersseits verlautet, die Regierung werde, falls die Verurteilung des Dreyfus endgültig bleiben sollte, nicht eine abermalige Degradierung zulassen, sondern die einfache Streichung aus der Armee-liste bewirken.

Möglichkeit abermaliger Kassation.

Um die Affaire Dreyfus, falls das militärische Revisions-gesuch das Urteil bestätigt, von neuem vor den Kassationshof zu bringen, ist eine neue Thatfache notwendig. Diese soll, wie mehrere Blätter mitteilen, in einer Veröffentlichung der im Vorderbau aufgezählten Schriftstücke gefunden werden. Eine große englische Tageszeitung soll sich nach langen Verhandlungen Photographien dieser Notizen verschafft haben und Willens sein,

die Facsimiles der Noten baldigst zu veröffentlichen. Dies wäre allerdings eine Thatfache, die durchaus die Möglichkeit gäbe, den Kassationshof mit der Sache von neuem zu befassen.

In Paris.

Die Stimmung der Bevölkerung ist im allgemeinen ruhig. Vor den festlich beleuchteten Räumen der "Vibre parole" hatte sich am Sonnabendabend eine große Menschenmenge angeammelt, welche Hochrufe auf das Heer ausbrachte und die Marschallaise sang. Ein starkes Polizeiaufgebot rühte zur Wiederherstellung der Ordnung heran.

Telegramme der Präfekten an den Minister des Innern berichten, daß keinerlei Aufruhr vorgekommen sind.

Die Pariser Presse.

Die revisionistischen Blätter protestieren lebhaft gegen die Verurteilung. Die Richter, sagen sie, wollten die Verteidigung des Generalstabes aufnehmen, und der Kampf zwischen der Civil- und der Militärjustiz dauere fort. Yves Guvot sagt im "Século", wir werden die Revision weiter verfolgen und unser Ziel erreichen. Cornély führt im "Figaro" aus, er beuge sich vor dem Urteil, aber er verstehe die mildernden Umstände nicht und setze voraus, daß diese zu einer Aufhebung des Urteils führen müßten. Clémenceau sagt in einem Artikel der "Aurore", es sei schon ein ungeheurer Gewinn, daß zwei Offiziere sich über den Sturz des Dreifusses erhoben und nur der Stimme des Gewissens gehorcht haben. Die Heuchelei des Urteils trete in dem Straußensatz zu Tage, durch das der Regierung die Möglichkeit geboten werden solle, den Verurteilten, welcher bereits fünf Jahre Deportation verbüßt hat, auf Grund des Befehles im Gnadenwege freizulassen.

"Petit Journal" dagegen sagt, das Urteil von 1894 sei glänzend bestätigt worden. "Petit Parisien" führt aus, man müsse das Urteil als gesetzmäßige Wahrheit und den Schluß der traurigen Angelegenheit betrachten.

Ausland.

Die englische und die amerikanische Presse giebt ihrem Unmut und ihrem Erbittern über die Verurteilung Ausdruck, welche sie als einen Schimpf für die Civilisation bezeichnen. In New Yorker Telegrammen wird von Boykottierung französischer Waren und der Pariser Weltausstellung gesprochen. An verschiedenen Orten fanden Kundgebungen gegen Frankreich statt.

Die "Times" sagten in einer Besprechung des gegen Dreifuss gefällten Urteils, dieses sei die größte und unerschütterliche Gerechtigkeitsschändung der Neuzeit, die ganze civilisierte Welt sei vor Schrecken und Scham erzittert. Ehre und Wahrheit seien in offenkundiger Weise, mit voller Ueberlegung und ohne Erbarmen mit Füßen getreten worden. Frankreich habe sich jetzt vor der Geschichte zu verantworten.

Aus Wien wird telegraphiert: Die gestrige Verurteilung Dreifuss wird von den hiesigen Blättern, mit Ausnahme der antimilitarischen, als gemeiner Justizmord bezeichnet, doch hätten nicht die Kriegsrichter Dreifuss verurteilt, sondern die Generale hätten ihn verurteilen lassen. Die "Arbeiter-Zeitung" schreibt: "War das Urteil vom Jahre 1894 ein Justizirrtum, begangen aus menschlicher Schwäche, so ist das gestrige Urteil ein Justizmord, begangen aus menschlicher Niedertracht."

Aus Petersburg wird berichtet: Die Erledigung des Dreifussprozesses erzählt in der hiesigen Presse, entsprechend der politischen Stellung der einzelnen Organe eine einander zum Teil diametral zuwiderlaufende Beurteilung. Die "Deutsche Petersburger Zeitung" sagt, Frankreich sei eine Niederlage zugefügt worden, die größer sei als die von Sedan. Das Urteil des Kriegsgerichts koste Frankreich mehr an Ansehen als Jassoda. Die "Nowosti" behaupten, die Untersuchung wäre nicht leidenschaftlos geführt worden. Man habe alles getan, um die Anklage zu verschärfen und die Verteidigung abzuschwächen. Für alle leidenschaftlos Menschen, die in der Angelegenheit des unschuldigen Dreifuss nur Licht und Wahrheit suchten, sei das Urteil des Kriegsgerichts durchaus nicht der Schlußhalt der erschütternden Tragödie. Die Untersuchung habe deutlich die Unschuld des Angeklagten erwiesen; diese Thatfache löme kein Urteil fortzuschaffen. Bestimmt werde der Tag kommen, wo solches ganz Frankreich auch offiziell anerkennen werde. Der "Swet" dagegen schreibt, das Urteil habe deutlich die Unabhängigkeit der Vertreter der französischen Rechtspflege bewiesen. Das Blatt freut sich mit allen wahren Franzosen über den Ausgang des Prozesses und wünscht, daß der Pariser Rebel, den die Dreifussfreunde verbreiteten, bald verschwinde.

Kennes, 11. September. Dem Vernehmen nach werden die Mitglieder des Kriegsgerichts heute nachmittag zusammenzutreten und sich über die Unterzeichnung eines Geheimes schlüssig machen, welches sich dafür aussprechen soll, Dreifuss die Strafe der Degradation zu erlassen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. September.

Das Ausland und der Dreifuss-Prozess.

Die berechtigten Empörung über den rachsüchtigen und ungewissenhaft mit klarem Bewußtsein verübten Justizmord in Rennes hat im Ausland eine Resonanz hervorgerufen, die schon aus dem Grunde sehr entschieden abzuwehren ist, weil sie nicht die eigentlichen Konsequenzen des Verbrechens zieht, sondern in einem widerwärtigen Spektakel nationalen Pharisäismus sich erschöpft. Anstatt, wie es sich gebührt, einen internationalen Feldzug gegen Militarismus und Militärjustiz, gegen Pfäfferei und Teufelsrechtssprechung zu eröffnen, um Europa von den Verwüstungen des reaktionären Geistes zu erlösen, überschlägt man sich in tolen, dünkelfastigen Beschimpfungen des französischen Volkes und Staates. Man ist entzückt in London, wo man eben nicht einen Unschuldigen, sondern ein ganzes Volk mit Gewalt zu erwürgen sucht; man grüßt in Wien und Budapest, wo doch dieselben Elemente am Ruder sitzen, die für die Schande von Rennes verantwortlich sind; man geberdet sich wie unsinnig in Rom, wo man mit dem Staatsfeind regiert und Unschuldige zahllos in den Kerker geworfen hat; ja man wagt sogar in Petersburg anzuklagen, wo an jeder Wand das Blut schuldlos Gemarterter fließt und jeder Ostwind aus Sibirien die Senker der Opfer herüberweht; und man geißelt nicht am wenigsten in Deutschland, wo man auf die Erdrosselung der Arbeiter starrt, wo tagtäglich bürgerliche Gerichte objektiv unbillige Urteile fällen, wo die Offener Meinungen noch nicht verstanden sind, ein Hofbeamter seine Jugend im Zuchthaus verliert und die Lötblauer Banarbeiter für ein geringfügiges Vergehen wie für ein todeswürdiges Verbrechen bestraft wurden.

Mag sein, daß ein Fall, wie der des Dreifuss, in keinem anderen Staate möglich wäre, in all seiner Abscheulichkeit, Gewissenlosigkeit, Verbrecher-Phantasie und idiotischem Fanatismus. Aber es wäre auch ein anderes unmöglich in Deutschland, in Oesterreich, in Italien: Dieser heldenmüthige Kampf gegen das Verbrechen, diese bewunderungswürdige, nie ermüdete Teilnahme eines ganzen Volkes an einer Rechtsfrage, dieser standhafte Idealismus gegenüber der Macht und Gewalt, diese schrankenlose Freiheit der Meinung — all das wäre unmöglich. Außerhalb Frankreichs würden derartige Verbrechen keine Abwendung finden, ein paar Entrüstungsversuche der Öffentlichkeit, ein paar losgerissene Zeitungsblätter und eingeschickte Redaktionen, dann tiefe Vergessenheit, das wäre das Schicksal eines Dreifuss in den jetzt vor Entrüstung schäumenden Ländern. Vielleicht bringt man andere Unschuldige nicht auf

die Zensurinsel, gewiß aber besetzt sie keine Macht der Welt mehr von der Zensurinsel, wenn sie einmal dort sind — außer in Frankreich.

Klagt den Militarismus an, die Militärjustiz, die Gaudinistischerkale Verdummung, den Massenhaß und die Korruption einer Banditenpresse, aber Frankreich ist nicht Mercier, und Boisdeffre und Jouaust, sondern das wahre Frankreich lebt in Jola, Picquart, Jaurès und dem um ihn sich scharenden Proletariat. Das ist Frankreich und das verdient nicht Beschimpfungen sondern höchsten Ruhm.

Vor allem aber hätte man sich, die Entrüstung zur lächerlichen Kinderlei zu treiben. In den Hauptstädten Europas rüsten sich industrielle Komitees, um die Pariser Weltausstellung von 1900 zu boykottieren. Das ist einmal kindisch; denn nach ein paar Wochen kümmert sich niemand mehr um den Boykottbeschluss, der Geschäftsgeist und die Vergnügungsgier triumphieren über den kousischen Enthusiasmus des ersten Ueberzigers, und alle Welt strömt, trotz Dreyfus und Rennes, nach Paris. Dann aber könnte man mit demselben Rechte auch die anderen Staaten in Verurteilung erklären, wo die Anklage längst noch nicht gestiftet hat.

Auch in Berlin soll sich ein derartiger Ausschuss gebildet haben. Ja es verlaute sogar, dem "Berliner Tageblatt" zufolge, die Berliner Stadteordneten-Versammlung möge von der in Paris geplanten Sonderausstellung Abstand nehmen. Welch blöder Einfall, von dem wir gar nicht glauben mögen, daß er ernsthaft gedacht ist!

Wenn irgend ein industrieller Philister für seine Ausstellungsgegenstände fürchtet und fern bleibt, wenn irgend ein Fanatiker Paris zu meiden wünscht, so ist das eine ganz persönliche Angelegenheit. Städtische Korporationen aber haben kein Recht zu dieser sinnlosen Achtung einer fremden Nation.

Das Frankreich der Weltausstellung ist doch nicht das Land der Mercier und Gouze, sondern das schaffende Volk der Wissenschaft, der Kunst, der Kunst, der Nation, die im Wettbewerb mit der ganzen Welt ihre schöpferische Kraft zu betätigen sucht. In dem Lichte dieses größeren, dieses wahren Frankreich wird die traurige Finsternis des Nachtgerichts ertrinken. Die Weltausstellung ist das Reich der Kämpfer für Recht, Wahrheit und Freiheit, nicht die Spielwiese der militärisch-kerkale Geister.

Der Mitteland-Kanal und die Socialdemokratie.

Die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" hat die überraschende Entdeckung gemacht, daß die socialdemokratische Partei keinen bestimmten Standpunkt zum Projekt des Rhein-Wefer-Elbe-Kanals eingenommen hätte. Von den 300 Millionen, die das Projekt kostet, kämen drei Fünftel auf reinen Arbeitsverdienst: Von allem hat die Arbeiterwelt durch die Socialdemokratie nicht das mindeste erfahren und auch der Parteitag in Hannover soll seinen Raum zur Erörterung darüber bieten. Wohl aber wird die Gefolgschaft der Socialdemokratie mit einem Streik um des Kaisers Bart tagtäglich in Anspruch genommen und mit Versammlungsberechtigungen darüber angebetet, daß es zum Erbarmen ist. Wir unteruchen nicht, welchen idealen Wert es für die lohnarbeitenden Klassen hat, ob ihnen die Bewegung oder das Ziel, der Wunsch oder der Geist einer Programmformel entscheidend ist. Wenn näher liegende Interessen nicht in Frage wären, möchte es ja einmal dienen, auch einmal diesen theoretischen Erörterungen nachzugehen, wie wohl dadurch die Wohlfahrt der Arbeiterklasse und die Gesamtwohlfahrt nicht um einen Pfennig gefördert erscheint. Aber wir verweisen darauf, daß die Socialdemokratie sich wieder einmal im grellen Gegensatz zu den Willkür einer Partei des Arbeiterstandes bewegt, indem sie sich um die augenblicklich wichtigsten, 180 bis 200 Millionen Arbeitsverdienst bedeutende Frage schlechterdings gar nicht kümmert, sondern ihre Leute um einer Vernunftrede willen in Alen hält.

Es ist recht interessant, daß das Organ der Grundbarone plötzlich so viel Wert auf die Mitwirkung der Socialdemokratie legt, daß ihm nicht einmal die große Beachtung, die wir der Angelegenheit widmeten, ausreichend erscheint. Es dümmert also selbst diesen Leuten die Erkenntnis, daß es ohne Socialdemokratie nicht mehr geht.

In der Sache berichtet natürlich die "N.-W. Ztg." vollständig falsch über die Haltung der Socialdemokratie. Wir sind von Anfang an für den Kanal eingetreten; daß wir für ihn parlamentarisch nicht wirken konnten, ist nicht unsere Schuld. Gerade der "Vorwärts" hat das einzige Mittel angegeben, wie die Regierung die Kanalvorlage durchzusetzen vermag: sie hatte nur nötig, das otkroptierte Wahlgesetz für den Landtag aufzuheben. Dann wäre es leicht gewesen, eine kanalfreundliche Mehrheit zu stande zu bringen. Wenn die "N.-W. Ztg." in diesem Streben nicht unterläßt, so trifft sie der Vorwurf, daß sie — im Gegensatz zur Socialdemokratie — die Kanalfrage nur als einen unfruchtbaren Streit um des Kaisers Bart betreibt.

Wenn aber das Blatt sich so rührend bejagt zeigt, den Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, so sollte es bedenken, daß es nicht nur auf Arbeitsgelegenheit, sondern auf die menschenwürdige Art der Arbeitsgelegenheit ankommt, daß man darum vor allem die Organisationen der Arbeiter stärken muß in ihrem Kampf um günstigere Bedingungen. Die "N.-W. Ztg." aber hat bisher ihre Arbeiterfürsorge lediglich durch eine erstaunliche Schwärmerei — fürs Zuchthaus bewiesen.

Transvaalkrisis.

London, den 9. September.

Die Ergebnisse des gestrigen Ministerrats werden von einigen Blättern, die sich darin gefallen, Herrn Chamberlain als den Instifter des Streits mit der Boerenrepublik herauszugreifen, als eine Korrektur Chamberlains durch Lord Salisbury gedeutet. Ich vermag in ihnen nichts dergleichen zu entdecken. Der Beschluß, vier weitere Bataillone Infanterie nebst drei Bataillonen Feldartillerie nach dem Kap zu schicken und der Transvaal-Regierung eine energisch gefasste telegraphische Note zu überreichen, ist alles mögliche nur keine Abwechslung von Chamberlains bisheriger Diplomatie. Es liegt absolut kein Anzeichen vor, das auf eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit im Kabinett über die Transvaalfrage schließen läßt.

Aber die beschlossenen Truppenbewegungen sind noch nicht derart, wie sie ein Angriffskrieg mit dem Transvaal erheischen würde. Sie sind nur eine weitere Demonstration, daß England bis zum äußersten entschlossen ist, und eine Vorbereitung mehr auf dieses Aeußerste. Doch daheim und in Indien weitere Truppenteile Weisung erhalten haben, sich zur Einschiffung bereit zu halten, ist bekannt. Die Situation ist gespannter als je, und Börsen wie Handelswelt zeigen seit gestern größere Anzeichen von Besorgnis. Die Nachrichten aus Johannesburg und vom Kap melden Störung aller Geschäfte. Die Flucht von Engländern aus dem Minendistrikt nimmt zu. Daß dieser Zustand keine lange Dauer vermag, ist außer Frage.

Wie auch der Wortlaut der beschlossenen Depesche sein mag, faktisch hat sich der Streit auf die Frage der Ober-

hoheit Englands gegenüber dem Transvaal zugespitzt. Sie ist im Moment die wesentlichste Frage. Ob aus Unbeholfenheit oder Verachtung, oder vielleicht einer Mischung von beiden — jedenfalls hat die Transvaalregierung ihren letzten Depeschen eine Form gegeben, die in England als ein Verstoß gegen die ihm durch den Vertrag von 1884 ausbedungene Oberhoheit aufgefaßt wird. Die vorgestern im Volksrat von Pretoria geführte herausfordernde Sprache hat diesen Eindruck noch verschärft.

Zu bemerken ist dabei, daß über die Natur dieser Oberhoheit zu keiner Zeit Uebereinstimmung zwischen London und Pretoria geherrscht hat — ja, in England selbst Meinungsverschiedenheit herrschte. Eine formgerechte Oberhoheit, wie sie durch das Wort Souveränität ausgedrückt wird, haben die Boeren nie anerkannt, sondern nur eine Oberhoheit, die sich aus dem Vormachtsverhältnis Englands in Südafrika ergibt, das sie anerkennen. Sie haben es immer abgelehnt, ihre Republik als einen Vasallenstaat Englands zu betrachten. Andererseits hat England im diplomatischen Verkehr mit dem Transvaal die Souveränitätsfrage in den letzten Jahren niemals auf die Spitze getrieben. Man hat sie schließlich immer auf beiden Seiten umgangen und die Streitfragen lediglich gemäß ihrem sachlichen Charakter behandelt. Die Boeren haben jetzt principiell nichts anderes geist, als was sie bei unzähligen früheren Anlässen gethan haben.

Aber was in normalen Zeiten leicht hin genommen wird, wird in gespannten Situationen als Herausforderung angesehen. Das wiederholte Zurückkommen der Boerenregierung auf ihre Unabhängigkeit bei ihren neueren Erklärungen an die englischen Geschäftsträger hat auf englischer Seite das Verlangen — zwar nicht hervorgerufen, denn bei vielen Politikern war es immer da, aber doch sehr gesteigert, Englands Oberhoheit oder Vormachtsrechte mit aller Entschiedenheit geltend zu machen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die angekündigte englische Note in diesem Sinne gefaßt ist. Je nachdem würde die Regierung des Transvaal nachzugeben haben oder den casus belli liefern.

Nach den neuesten Nachrichten aus Südafrika wäre das letztere das wahrscheinlichere geworden. Nicht nur die Kapboeren, sondern auch die Boeren des Orange-Freistaats sollen mit dem zuletzt in Pretoria angeschlagenen Ton sehr unzufrieden sein und für den Fall einer Aufsehung gegen die britische Oberhoheit dem Transvaal jede Unterstützung aufgeföhndigt haben.

Hier setzen die Friedensfreunde ihre Agitation gegen jede Anwendung von Gewalt gegenüber dem Transvaal eifrig fort. Komitees aller Art werden gegründet, Manifeste erlassen, Versammlungen veranstaltet. Unzweifelhaft gewinnt die Bewegung allmählich an Boden, zumal sie von einer Reihe sehr verbreiteter und wirksam geschriebener Blätter unterstützt wird. In London sind ihre Hauptblätter "Daily Chronicle" und "Star", in der Provinz steht an ihrer Spitze der überhaupt sehr radikal geschriebene "Randbeester Guardian". Daß die socialistischen Parteiorgane sämtlich energisch für den Frieden eintreten, bedarf kaum der Erwähnung. Weniger einmütig sind in dieser Hinsicht die Gewerkschaftsführer. Eine Umfrage bei den namhaftesten Vertretern der Gewerkschaftsbewegung hat ergeben, daß die Meinungen da ziemlich geteilt sind. Eine Anzahl von ihnen, wie Cowen von den Bergarbeitern, Davis von den Messingarbeitern, Willie von den Schiffszimmerern, Rawdley von den Spinnern sind ganz und gar dafür, daß Englands Oberhoheit gegebenfalls mit Waffengewalt geltend gemacht wird. Entschieden friedensfreundlich äußerten sich dagegen der sonst als "konfervativ" betrachtete T. H. Burt, die liberal-radikalen Arbeiter-Abgeordneten Maddison und Steadman und alle als Socialisten bekannten Gewerkschaftsführer, wie Barnes, Will Thorne usw. Heute vormittag hat auch der Gewerkschafts-Kongress zu Plymouth in seiner Schlusssitzung mit Mehrheit einer Resolution zu Gunsten des Friedens zugestimmt.

Pretoria, 11. September. In einem Interview mit einem Journalisten erklärte der hiesige Generalprokurator, ein Krieg mit England erscheine ihm unvermeidlich, aber er sei überzeugt, daß die Mehrzahl der Einwohner der Orange-Freistaats und der Republik von Natal sich den Boeren anschließen werden. Wir besiegten bereits zweimal die Engländer, und wir werden es auch zum dritten Mal fertig kriegen.

Deutsches Reich.

Wer redigiert die Kaiserreden? Es wäre von Interesse zu erfahren, wer die Ansprachen des Kaisers für die Verbreitung redigiert. Kaum eine Rede nämlich wird veröffentlicht, in die nicht die merkwürdigsten Wendungen hineinredigiert sind. So enthält die letzte Stuttgarter Rede des Kaisers in der amtlichen Wiedergabe folgenden Satz:

Darin verflumbildlicht sich, wie in unseren Monarchien das Königtum an der Spitze eines Volkes die einzig wirklich sichere Stütze für die Bewahrung von Thron und Altar, Religion und Sitte am Ausgang des 19. Jahrhunderts ist."

Das kann der Kaiser nicht gesagt haben, daß das Königtum die Stütze für den Thron bildet; denn das Königtum ist ja der Thron.

Auch der Karlsruher Trinkpruch wurde recht seltsam redigiert. Dem Redakteur war beispielsweise das folgende Bild untergelaufen:

Ob gold-rot, ob schwarz-rot, ob grün-weiß oder schwarz-weiß, so reißt sich Föhnlein an Föhnlein, und bildet in seiner Gesamtheit einen Panzer, der um das goldene Panzer unseres Reiches gelagert ist, um dasselbe zu schützen und zu sichern."

Das Volkliche Telegraphenbureau sieht sich heute genötigt, diesen Satz in folgender Weise zu berichtigen: "So reißt sich Föhnlein an Föhnlein und bildet in seiner Gesamtheit den Heerdann, der um das goldene" usw. Ebenfalls sei in der 10. Zeile von unten zu lesen: "Wäge dem das neue Jahrhundert unser junges Reich" usw. (nicht das scheidende Jahrhundert).

Der preussische Landtag wird, wie offiziell erklärt wird, nicht vor Weihnachten eintreten. Die Regierung kann warten!

Beamtenpflichten. Die ministerielle "Pers. Korrespondenz" setzt auseinander, daß die Beamten keine eigene Meinung zu haben hätten. Wenn die Leute, welche diese Lausprüche einschlagen, keinen Wert auf derartige Meinungsrechte legen, so ist das ihre Sache. Ins Parlament gehören solche willens- und überzeugungslosen Werkzeuge jedenfalls nicht.

Zum Oberpräsidenten in Potsdam soll Graf Stolberg, bisher Oberpräsident in Hannover, ernannt sein.

Schmerzlicher Verlust. Herr Lieber, der Große im Reich des Stuhls, soll der "N.-W. Ztg." zufolge der nächsten parlamentarischen Sitzung fernbleiben. Er will nach Deutsch-China reisen, um an Ort und Stelle neuen Mut für neue Marine- und Kolonialpläne zu gewinnen. Vielleicht will er sich auch in ägyptischer Pöppelstil über.

In der Landtagssitzung wird verschiedentlich etwas größere Arbeit verlangt. Man dürfe nicht alles über einen Leisten schlagen und nur nach einem Rezept arbeiten. Dem Entwicklungsplan müsse man sich anpassen und den Leuten die Sache so darstellen, wie sie ihnen verständlich sei.

Am 7. Uhr abends wird die Verhandlung geschlossen und auf Montag vertagt.

Die heftigste Landeskonferenz wurde am Sonntag in Mainz abgehalten. Anwesend waren 78 Delegierte. Ulrich erstattet den Bericht über die Tätigkeit des Landeskomitees. Die von der vorjährigen Landeskonferenz gewünschte Herausgabe eines Agitationskalenders konnte nicht zur Ausführung gebracht werden, weil das Landeskomitee es für richtiger hielt, die disponiblen Mittel für die bevorstehenden Landtagswahlen zu reservieren. Die Vorbereitungen für letztere sind getroffen. Ein zur Verbreitung im ganzen Lande bestimmtes Flugblatt, das in sachlicher Weise über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag berichtet, wurde in 60 000 Exemplaren hergestellt. In den neun Kreisen, in denen wir uns an der Landtagswahl beteiligen, sind unsere Kandidaten aufgestellt, überall sind wir fertig zum Gefecht. — Der Kassierer des Landeskomitees, Gen. O. R. v. Offenbach, berichtet über die Klassenverhältnisse. Dieselben haben sich nach Einführung einer einheitlichen Landesbeitragsmarke wesentlich gegen früher gebessert. Die Einnahmen beliefen sich — einschließlich eines Bestandes von 148,92 M. — auf 2296,91 M., die Ausgaben auf 1649,50 M. Der Klassenbestand beträgt also 647,41 M.

Landtagsabgeordneter Haas in Mainz berichtet sodann in ausführlicher Weise über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag. Da im „Vorwärts“ über die Landtagsverhandlungen berichtet worden ist, sehen wir von einer Wiedergabe des Haas'schen Referats ab. Ausnahme fand mit geringer Mehrheit ein Antrag Heilmann-Offenbach: Das Landeskomitee wird beauftragt, nach jeder Landtagsperiode einen gedruckten Bericht herauszugeben, ähnlich dem Handbuch für sozialdemokratische Reichstagswähler. Einstimmig erklärte sich die Landeskonferenz mit der Tätigkeit der Landtagsfraktion einverstanden.

Nach der Mittagspause spricht Abg. Cramer-Darmstadt über die bevorstehenden Landtagswahlen. Nach einer kurzen aber trefflichen Charakteristik der Nationalliberalen, die früher den Landtag beherrschten, schildert Redner die früheren Wahlen, die mehr oder weniger unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden. Seitdem sich unsere Partei an den Wahlen beteiligt, ist das anders geworden. Der Referent giebt dann eine Uebersicht über die Wahlausföchte in den einzelnen Kreisen. Er fügt sich dabei auf die bei den letzten Reichstagswahlen erzielten Stimmengahlen. Danach sind unsere Aussichten die denkbar besten, da wir in den meisten Bezirken mehr Stimmen hatten, als die gegnerischen Parteien zusammengekommen. Die Schwierigkeit liegt in der Hauptsache in dem indirekten Wahlsystem. Cramer ermuntert zu eifriger Agitation und spricht die Hoffnung aus, daß in dem neuen Landtag unsere Fraktion stärker vertreten sein wird, als bisher. Eine kurze Debatte ergibt die Uebereinstimmung des Parteitages mit den Ausführungen des Referenten.

Für die Beteiligung an den Landtagswahlen im Großherzogtum Oldenburg sprach sich eine Parteiverammlung in Delmenhorst nach einem Referat des Genossen Huh aus, nachdem sich eine gleiche, jedoch sehr schwach besuchte Versammlung am 26. August dagegen ausgesprochen hatte.

Berichtigung. Zu dem Bericht über die Kreiskonferenz des Wahlkreises Bochum teilt uns der Kreisvertrauensmann mit, daß außer den als Einnahme verrechneten 85 M. noch 500,04 M. zum Prekonds und 250,26 M. diverse Beiträge eingegangen waren, so daß sich die Gesamteinnahme mit den 61 M. Klassenbestand auf etwas über 900 M. stellt.

Zu Brüssel tagte am Sonntag im Maison du Peuple der Kongreß der sozialistischen Gemeinderäte Belgiens, der äußerst stark besucht war. Nach dem Bericht der Delegierten und dem des Generalsekretärs der „Vereinigung der sozialistischen Gemeinderäte“ wurde über kommunale Steuerfragen, Medizinalangelegenheiten u. d. d. h. diskutiert; die einzelnen Punkte wurden besonderen Kommissionen überwiesen. Der nächste Kongreß wird die Frage der Volksbibliotheken behandeln.

In einer scharfen Resolution wurde das Verhalten der fünf Beiliegende in Rennes gezeigelt, die auf Befehl einen Unschuldigen verurteilten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueber die gestern (Montag) erfolgte Arbeitseinstellung der Kohlenarbeiter und -Kauscher wird uns noch folgendes mitgeteilt. In Rücksicht des am Sonntag erfolgten Beschlusses (siehe „Versammlungen“), wurden am Montagvormittag seitens der Vertrauensleute die Forderungen der Arbeiter sämtlichen etwa 80 Unternehmern zur schriftlichen Anerkennung vorgelegt. Etwa 18 Firmen mit ca. 300 Arbeitern haben sämtliche Forderungen sofort bewilligt, 7 Firmen dagegen kurzweg abgelehnt. Von den übrigen etwa 50 Firmen mit ca. 1500 Arbeitern wurden nur teilweise Zugeständnisse gemacht, so daß dort sofort die Arbeitseinstellung erfolgte. Die Haltung der Ausständigen ist eine siegesfreudige und eine durchweg musterhafte. Bisher waren auch nur etwa 30 „Arbeitswillige“ zu verzeichnen. Wie uns ferner mitgeteilt wurde, soll der Berliner Central-Arbeitsnachweis beschlossene haben, während der Dauer des Streiks Arbeiter für die Kohlengrube durch Palate an den Anschlaghäfen nicht mehr zu suchen.

Zur Lohnbewegung der Möbelpolierer. Nach den bis Montagmorgens eingegangenen Meldungen haben eine größere Zahl schon ohne Arbeitseinstellung ihre Forderungen bewilligt erhalten. Ausständig sind 149 Mann. Einige größere Fabrikanten wollen erst die Montagabend tagende Versammlung der Freien Vereinigung der Holzindustriellen abwarten. Die Forderungen der Polierer werden den Fabrikanten in ihrer Versammlung gedruckt eingehändigt. Näheres heute, Dienstagabend, in der Versammlung der Möbelpolierer bei Piebig, Gr. Frankfurterstraße 28. (Siehe Inserat.) Die Kommission.

Zur Lohnbewegung der Holzbildhauer Berlins. Die die Lohnkommission in der gestrigen außerordentlich stark besuchten Versammlung berichtete, wurden auf Grund des Beschlusses von voriger Woche soweit dies bisher festgestellt werden konnte, am Sonnabend in 120 Bildhauer-Werkstätten mit 450 Gehilfen und in 45 Tischlereien und Fabriken mit 158 Gehilfen die Forderungen den Unternehmern unterbreitet. Die 50 stündige Arbeitszeit wurde in 98 Bildhauer-Werkstätten mit 450 Gehilfen bewilligt; ferner in 100 mit 400 Gehilfen der Rimmelalohn, in 75 Werkstätten mit 80 Gehilfen die 10prozentige Lohnerhöhung, in 72 Werkstätten mit 300 Gehilfen die 50 Prozent für Ueberstundenarbeit zugestanden. In den Fabriken und Tischlereien wurde die 50stündige Arbeitszeit in 40, der Rimmelalohn in 42, die 10prozentige Lohnerhöhung in 30, die 50 Proz. Aufschlag für Ueberstunden in 37 Werkstätten anerkannt. Insgesamt sind in ca. 150 Werkstätten mit 550 Gehilfen die Forderungen bewilligt.

Von der Vereinigung selbständiger Bildhauer ist der Lohnkommission ein Schreiben zugegangen, in dem sie sich zu Verhandlung über die aufgestellten Forderungen mit einer Kommission bereit erklärt. Im Gegenzug hierzu hat die freie Vereinigung der Holzindustriellen ein Circular an ihre Mitglieder versandt, in welchem sie sich vorläufig gegen die Bewilligung der Forderungen wendet. Am Dienstag wird eine von den selbständigen Bildhauern einberufene Versammlung stattfinden, die zu den Forderungen Stellung nehmen soll.

Während einige Redner für die sofortige Arbeitseinstellung in allen den Werkstätten, wo die Forderungen nicht bewilligt sind, plädierten, befristeten andere in Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse das Resultat der gemeinsamen Verhandlungen abzuwarten. Die

Konjunktur ist eine günstige und wird dieselbe längere Zeit anhalten, so daß die Durchführung der minimalen Forderungen nicht allzu schwer fallen dürfte, zumal in der großen Zahl von Werkstätten dieselben bereits anerkannt worden sind. In allen den Werkstätten, wo Kündigungsfristen bestehen und die Forderungen nicht bewilligt sind, soll sofort gehandelt werden. Am Freitag findet eine Versammlung bei Stecher, Andreasstraße statt, in der über das Resultat der Verhandlungen mit den Prinzipalen und den verwandten Branchen berichtet wird. In dieser Versammlung sollen dann auch alle weiteren Maßnahmen beschlossen werden. Die Arbeitseinstellung ist bis dahin zu vermeiden. Die Berichte aus allen Werkstätten sind bis Donnerstag an die Lohnkommission einzuliefern. Das Bureau der Lohnkommission befindet sich bei Spielberg, Köpenickerstr. 62. Telephonamt VII 3932.

Polamentierer! Es haben bisher folgende Firmen bewilligt: O. Wille, E. Schulz, Metz, F. Epstein, Zeidler, Quast, Raack, Gebr. Pring, F. Dreyfus, Roa Raack, Kausch und Darwidtsch.

Die übrigen Firmen sind bis auf weiteres zu meiden, in Arbeitsangelegenheiten wende man sich nur an den Arbeitsnachweis Alte Jakobstr. 66 bei Wischel.

Unsere Kollegen von der Tapezierbranche ersuchen wir, unserer Bewegung moralische Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Lohnkommission.

An die Barbier- und Friseurgehilfen Berlins und der Vororte! Kollegen! Seitdem die Bestimmungen über die Sonntagsruhe auch im Friseurgewerbe Anwendung gefunden haben, sind die Geschäftsinhaber, besonders die in Jamungen organisierten, bemüht gewesen, diese zu umgehen und zu übertreten. Unterstützt wurden sie in ihrem Vorhaben noch dadurch, daß von seiten der Behörde fast gar keine Kontrolle stattfindet. Und so ist es glücklicherweise so weit gekommen, daß des Sonntags bis 3, 4, selbst 5 Uhr nachmittags gearbeitet wird. Auf dem diesjährigen Kongreß der Innung in Karlsruhe wurde der Vorstand von beauftragt, bei der Behörde vorstellig zu werden, dahingehend, daß an dem Sonntag vor Weihnachten sowie Neujahr die Gehilfen sowie Lehrlinge bis in die Abendstunden hinein beschäftigt werden dürfen. Kollegen, dies ist der erste Schritt zur Verwirklichung resp. Verschlechterung der Sonntagsruhe-Bestimmungen im Friseurgewerbe. Es ist daher notwendig, daß wir dieses Vorgehen mit voller Wucht, mit aller Energie zurückweisen. Die am 14. d. M. bei Schiller, Rosenbalestr. 57, stattfindende Versammlung wird sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen und ist daher zahlreiches Erscheinen der Kollegen notwendig. Die Kommission.

Deutsches Reich.

Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands.

Die von den organisierten Unternehmern der Steinindustrie Deutschlands inszenierte Auspörrung, welche in den Bruchgebieten Schlesens und in Berlin nun schon 2 Monate dauert und circa 1000 Mann umfaßt, dauert immer noch fort. Die Ursachen derselben sind bekannt. Die Steinarbeiter der vorgenannten Orte begehren den ihnen aufgedrängten Ausstand, um mit der verberblichen Accordarbeit zu brechen und allgemeinen Tagelohn einzuführen. Durch immerwährende Kämpfe innerhalb unserer Gewerkschaft, im Jahre 1898 wie in diesem Jahre, ist unsere Klasse so in Mitleidenhaft gezogen, daß wir nicht umhin können, die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands um finanzielle Unterstützung anzusprechen. Hierzu kommt noch, daß am 7. September durch einen Gewaltsstreik der Unternehmer 1500 Steinarbeiter in Dresden, Pirna und Reudorf ausgesperrt wurden. Soeben wird uns bekannt, daß dieselbe unerhörte Maßregel auch in Leipzig zur Ausführung gelangen soll, mithin noch 500 Mann hinzukommen.

Wir betrachten den Kampf, den wir um unsere Organisation führen, als einen Vorläufer für andere Organisationen, und fählen uns verpflichtet, darin auszuhalten, bis wir einen zufriedenstellenden Abschluß erhalten können, ebenso wie wir die sichere Hoffnung hegen, daß unser Appell an die Arbeiterschaft Deutschlands nicht vergeblich sein wird.

Der Centralauschuß der Steinarbeiter Deutschlands.

J. A. C. Hirtmann, Berlin-Nord, Steinmehrfstraße 14, I. NB. An die Gewerkschafts- und Parteipresse richten wir die Bitte, diesen Aufruf abzurufen.

In Dresden sind die Arbeiter der Centralheizungsbauwerke in Differenzen mit den Unternehmern. Zugang ist fernzuhalten.

Der Lederarbeiter-Ausstand in Wilsler dauert noch fort. Eine Verhandlung, welche der Centralvorstand in den letzten Tagen mit den Fabrikanten anbahnte, scheiterte an der Halsstarrigkeit der Arbeitgeber. Diese erklärten jetzt ganz offen, daß sie die Verlängerung der Arbeitszeit und zugleich die Verkürzung des Lohnes vornehmen wollen und daß sie einmal den Arbeitern zeigen werden, wer die Macht besitzt. Der Austritt aus der Organisation wird auf das entschiedenste verlangt. Wie unberechtigt eine Verkürzung des Lohnes ist, zeigt nachstehender, von einem Agenten der Arbeitgeber geschriebener Brief:

Herrn in Kronsmoor!

In Verantwortung Ihres Schreibens vom 14. September teilen Ihnen mit, daß Sie sofort antworten können und werden wir Ihre Wünsche bezüglich der Ihnen zuzuerkennenden Arbeit nach Möglichkeit berücksichtigen. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß unsere Arbeiter streiken und werden diese es nicht unvernünftig lassen. Sie von der Arbeit abgehalten. Sie wollen uns deshalb schreiben, wann Sie hier eintreffen und werden wir Sie dann von der Bahn abholen. Der Tagelohn beträgt in unserer Fabrik je nach der Persönlichkeit 2,50 M. bis 3,— M. Doch können Sie im Accord arbeiten und wenn Sie fleißig sind, noch mehr verdienen.

Zur Bedingung machen wir, daß Sie nicht dem Lederarbeiter-Verbande angehören. Ihr Schwiagerohn kann sofort ansetzen und würde hier, wenn er fleißig und folgsam ist, eine angenehme und lohnende Stellung haben. Achtungsvoll W. Hansen.

Vor einiger Zeit wurde in Unternehmerrundbriefen recht marxistisch von horrenden Löhnen, welche die Lederarbeiter in Wilsler verdienen, geschrieben. In diesem Brief ist nun einmal gezeigt worden, was die Herren gewillt sind für Löhne zu zahlen. Was es unter heutigen Verhältnissen heißt, bei 68 stündiger schwerer Arbeit 15—18 M. zu verdienen, das werden die Arbeiter zu beurteilen wohl in der Lage sein. Und wie es in der Regel nicht so genau genommen wird, wie die Herren in solchen Fällen die Löhne noch höher preisen als sie nachher erzieht werden, so liegt es auch hier. Warum wollen aber die Herren die Organisationszugehörigkeit verbieten? Nun, sie wissen, daß sie mit den Arbeitern wegen der Löhne oft in Streit kommen und da ist ihnen die Organisation, die den Arbeitern in dieser Beziehung helfend zur Seite steht, ein Hindernis. Dieses Hindernis soll beseitigt werden, damit man die Löhne alldenn ganz nach Belieben zahlen kann. Die Arbeiter werden dann selbst wenn sie alle gewünschten Eigenschaften besitzen, also wenn sie jung, stark, fleißig, willig, folgsam und wer weiß noch etwas sind, nicht einmal mehr 2,50 M. pro Tag bei 11stündiger Arbeitszeit verdienen. Die Arbeiter stehen noch wie am ersten Tage festschloßlosen zusammen und werden die Arbeit keinesfalls unter verschlechterten Bedingungen aufnehmen. Die Verhältnisse liegen noch sehr günstig. Die Saison ist vor der Thür, und Arbeitswillige wollen sie nun durchaus nicht finden. Angesichts dieser Verhältnisse muß der Kampf, der vom Unternehmertum bestärkt durch das brutale Vorgehen des benachbarten dänischen Unternehmertums, zu einer Machfrage gestempelt ist, unbedingt weiter geführt werden. Wir ersuchen, uns daher in diesem überaus schweren Kampfe, der nun die 16. Woche andauert und 2000 Personen betrifft, thätig zu unterstützen. Gelder wolle man an A. Winkel, Gerber in Wilsler (Königs Herberge) senden.

Die Zimmerleute in Köln haben auf allen Werkstätten, die den geforderten Stundenlohn von 50 Pfennigen nicht bewilligt haben, die Arbeit niedergelegt. Die Zimmergehilfen werden daher Köln meiden.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell und der Verband der Buchdrucker. Wie hinlänglich bekannt sein dürfte, sind die Leipziger Buchdrucker (alter Verband) schon seit Jahren im dortigen Kartell nicht vertreten. Das Leipziger Kartell stellte sich auf den Standpunkt, daß die Tarifgemeinschaft eine vom Boden des Klassenkampfes abweichende Vereinbarung sei und ließ deshalb nur die Sequer der Vereinbarung (Goschianer) zu. Nachdem der Frankfurter Gewerkschaftskongreß die Tarifgemeinschaft anerkannt hatte, wurde die Frage der Zulassung wieder aufat. Das Leipziger Kartell hat sich mehrfach mit der Frage beschäftigt, kam jedoch abermals zu dem Beschluß, den Buchdrucker-Verband nicht zuzulassen. Gegen diesen Beschluß legten die Buchdrucker Protest ein und wandten sich an die Generalkommission. Diese sollte das Leipziger Kartell auffordern, dem Frankfurter Beschluß nachzukommen, andernfalls solle die Generalkommission dahin wirken, daß die Centralverbände ihre Delegierten vom Kartell zurückziehen. Auf die erlangene Aufforderung der Generalkommission hin hat das Leipziger Kartell nun folgende Resolution angenommen: „Das Leipziger Gewerkschaftskartell gestattet den Mitgliedern des Buchdrucker-Verbandes den Zutritt zum Kartelle, vorausgesetzt, daß sie sich den Verordnungen und dem Statut des Kartells in jeder Hinsicht unterordnen.“

Die Leipziger Verbands-Buchdrucker sind, wie wir aus dem „Correspondent“ ersehen, mit diesem Beschlusse nicht einverstanden.

Ausland.

Die gesamte Arbeiterschaft der Hühnerfabriken in Grammont (Belgien) hat die Arbeit niedergelegt; es kommen 1500 Personen in Betracht. Die Ursachen sind Lohnminderungen und die brutale Behandlung seitens der Aufseher.

Die Firma Max Eliaß, Sips- und Cement-Baugeschäft, Berlin S. Wilscherstr. 35, sendet uns nachstehende Berichtigung: In Nr. 206 vom 8. September cr. Ihres Blattes haben Sie in dem Artikel „Achtung, Radispanner“ auch meine Firma als diejenige angegeben, welche ebenso wie die anderen Firmen die Radispanner ausgesperrt hätte.

Zur Berichtigung teile Ihnen diesbezüglich mit, daß in meinem Betriebe nicht ein einziger Radispanner und Puger weder die Arbeit freiwillig niedergelegt hat, noch solche von mir ausgesperrt wurden, sondern nach wie vor sämtliche Leute bei mir in Tätigkeit sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 11. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Fabrik (Wassilwerke) von Lohmann streiken 500 Metallarbeiter. Zugang ist fernzuhalten.

Cönnabrück, 11. September. (W. G.) Gestern nachmittag ging hier und in der benachbarten waldreichen Gegend ein heftiges Unwetter nieder, bestehend in Regen, Hagel und Gewitter. Auf dem Lande wurden einige Verwüstungen angerichtet.

Frankfurt a. M., 11. Septbr. (W. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus dem Haag: Die Maschinen und Heizer der Rheindampfer zu Rotterdam und Dordrecht hielten gestern abend eine Versammlung ab und beschloßen, in den Streik zu treten. Der Streik erstreckte sich auf alle Firmen, die bis zum 9. September den Kontrakt nicht unterzeichnet haben. Es zeigten in Dordrecht 10, in Rotterdam 22 Reeder.

Frankfurt a. M., 11. Septbr. (W. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: „World“ meldet, der amerikanische Konsul und Botschafter in Bremen seien ihres Amtes entsetzt worden. — Im Thalia-Theater verurteilte eine Massenversammlung das Urteil gegen Drehtus, ebenso in London, St. Louis und Indianapolis. In letzterem Orte wurde eine französische Fahne auf offener Straße verbrannt. Die Idee eines Boykotts der Weltausstellung ist weit verbreitet.

Frankfurt a. M., 11. September. (W. G.) Der „Frankf. Ztg.“ wird geschrieben: Wie in anderen Ländern, so hat auch in Deutschland, und zwar schon vor längerer Zeit, der Verkauf der Drehtus-Fahne einigen Industriebranchen die Anregung gegeben, von der Beschickung der Weltausstellung abzusehen. So haben, wie uns berichtet wird, mehrere der namhaftesten Firmen in der Lederbranche ihre Anmeldung zurückgenommen. Aus den Motiven dieses Schrittes machen sie kein Geheiß. Da nur etwa drei Firmen bei ihrer Anmeldung beharrten, so kam der Kommissar, Geheimrat Dr. Richter, schließlich zu dem Entschlusse, von der Beteiligung der Branche überhaupt abzusehen. Vielleicht wird der Herr Reichskommissar infolge der jüngsten Ereignisse auch von anderen Branchen zu ähnlichem Schritte veranlaßt werden.

Wien, 11. September. (W. G.) Heute vormittag wurden der Obmann der katholischen Volkspartei, Dr. Kathrein, und der ungarische Ministerpräsident Szell vom Kaiser in Audienz empfangen. Dieselbe steht in Zusammenhang damit, den österreichischen Reichsrat aktionsfähig zu machen.

Unbavoh, 11. September. (W. G.) Auf dem Mandersfelde bei Mistolof schlug ein Blitz ein. Vier Soldaten wurden getötet, zehn verletzt.

Lemberg, 11. September. (W. G.) Der bekannte Petroleumgrubenbesitzer Perlins entließ infolge des Verdichtes im Drehtus-Prozess sämtliche französischen Beamten.

Paris, 11. September. (W. G.) Aus Rennes wird gemeldet, daß während der Dauer des Drehtus-Prozesses rund 10 Millionen Worte telegraphiert worden sind, was eine Gesamteinnahme von ca. 1/2 Million Franks ausmacht.

Paris, 11. September. (W. G.) General Mercier hat dem Vorsitzenden des Kriegsgerichts, Obersten Jouaust, einen Besuch abgestattet, um ihm für seine Haltung während des Prozesses seinen Dank auszusprechen.

Paris, 11. September. (W. G.) Der Anarchist Sebastian Faure wurde heute mit zwei Redactoren des Anarchistenblattes „Peuple“ den Jengen gegenübergestellt, welche die Angeklagten während der Kundgebung vor der Josephstraße gesehen haben wollen. Die Jengen erklärten, sie hätten sich geirrt. Infolge dessen werden den Verhafteten in Freiheit gesetzt.

Paris, 11. September. (W. T. W.) Die „Dépêche“ von Toulouse veröffentlicht eine Unterredung mit dem Kommandanten Carrière, der im Prozeß Drehtus als Regierungskommissar fungierte. Die „Agence Havas“ hebt in dieser Unterredung folgenden Passus hervor: Drehtus hat eine fünfjährige Strafe der Deportation abgeduldet und ich für meine Person würde nicht, weshalb man ihm diese nicht anrechnen sollte. Ich glaube, daß man das Gesetz im weitesten Sinne auslegen und daß man Drehtus begnadigen wird. Es wäre das beste Mittel der Agitation ein Ende zu machen, und daher das Beste, was man thun könnte. Was die Degradation betrifft, so genügt die eine, man wird sicherlich die Sache so einzurichten wissen, daß man ihn nicht ein zweitesmal degradiert.“

Paris, 11. September. (W. T. W.) Der Staatsrat bewilligte 300 000 Franks für Schutzmaßregeln gegen die Pest.

Marceils, 11. September. (W. G.) Seit drei Tagen herrscht in der hiesigen Umgegend ein fürchterlicher Waldbrand; derselbe hat sich bereits auf 20 Kilometer ausgebreitet. Soldaten und die gesamte Feuerwehrgesellschaft von Marceils sind an Ort und Stelle, um des Feuers Herr zu werden, bis jetzt noch ohne Erfolg.

London, 11. September. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ vom heutigen Tage aus Tripolis gemeldet wird, ist dort die Nachricht eingetroffen, die französische Mission Joumau Lamb sei in der Lage von Air durch eine große Zahl Tuaregs angegriffen worden, welche nach schweren Verlusten die Mission vollständig vernichtet haben.

New York, 11. September. (Meldung des „Reuter'schen Bureau“.) Nachrichten, die auf dem Schiffswege in Habana eingetroffen sind, bestätigen die früheren Meldungen über den Ausbruch einer revolutionären Bewegung in Venezuela. Es erheben sich zwei Parteien gegen die Regierung.

Partei-Nachrichten.

Anträge und Erörterungen zum Parteitag.

Die Parteigenossen in Jena nahmen in einer Versammlung des Wahlvereins (eine öffentliche Versammlung war ihnen verboten worden) folgende Resolution an:

Die Versammlung begrüßt mit außerordentlicher Gemüthsregung und Zustimmung die für den Parteitag zu Hannover aufgestellte Tagesordnung. Sie erwartet vom Parteitage getreu der Tradition früherer Parteitage eine gründliche und zugleich energische Diskussion, besonders der Punkte 6 und 7 der derzeitigen Tagesordnung. Zugleich erwartet die Versammlung, daß der Parteitag bei Erörterung dieser Punkte zu dem Ergebnis kommt, daß die Partei keinen Grund hat, irgend welche grundlegende Änderungen in ihren Prinzipien und den daraus fließenden allgemeinen tatsächlichen Maßnahmen vorzunehmen, daß sie vielmehr nach wie vor an dem Erfurter Programm und der gewohnten historisch und ökonomisch notwendigen bedingten proletarisch-revolutionären Taktik festhält.

Außerdem soll dem Parteitage ein Antrag unterbreitet werden, wonach sofort die Errichtung einer eigenen Druckerei für den „Vorwärts“ in Angriff genommen und dem „Vorwärts“ täglich zweimal herausgegeben werden soll.

Die Parteikonferenz des Wahlkreises Potsdam-Oranienburg faßte hinsichtlich der bairischen Landtagswahlen und der Vorschläge zur Abänderung unserer Taktik nach einer kurzen Diskussion folgenden Beschluß:

Die Parteikonferenz hält eine Änderung der bisher geübten Parteitalit und des Parteiprogramms nicht für notwendig, und erklärt vielmehr in der Kompromisspolitik der bairischen Parteigenossen eine schwerwiegende Schädigung der Partei-Interessen. Die Kreisversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die in letzter Zeit wiederholt aufgetretenen Bestrebungen, die sozialdemokratische Bewegung durch verwässernde Lehren in das bürgerliche Lager zu überführen und beauftragt den Delegierten zum Parteitage, diesen Protest auf dem Parteitage kräftig zu vertreten.

Auf der hessischen Landeskonferenz, die am Sonntag in Mainz abgehalten wurde, referierte Genosse David über die tatsächlichen Streitfragen und trat warm für Vernstein ein. Eine von ihm eingebrachte Resolution, nach der die Landeskonferenz es ablehnen sollte, zu den theoretischen Streitfragen Stellung zu nehmen, wurde jedoch abgelehnt. Angenommen wurde dagegen mit 40 gegen 11 Stimmen folgende, vom Korreferenten Kahrenstein vorgeschlagene Resolution:

Die Landeskonferenz erklärt: 1. Die Freiheit der Forschung und der Diskussion wird unerschütterlich festgehalten. Unser Programm ist kein unabänderliches Dogma, sondern von Zeit zu Zeit, entsprechend dem Fortgange der Erkenntnis in der Partei, zu revidieren.

2. Das von Vernstein beigebrachte Material bietet jedoch keinen Grund, die bisherigen theoretischen und tatsächlichen Grundansichtungen der Partei zu ändern. Es ist nach wie vor die Aufgabe der Partei: Den Standpunkt des Klassenkampfes, wie er sich aus der Zuspitzung der kapitalistischen Entwicklung mit steigender Schärfe ergibt, mit aller Entschiedenheit und unter Ablehnung aller auf Verwässerung der Gegensätze gerichteten Bestrebungen zur Geltung zu bringen.

Die Eroberung der vollen politischen Macht durch das organisierte Proletariat als die Sache nicht einer ferneren Zukunft, sondern der Gegenwart zu betreiben.

Die Vergeßlichkeit der Großproduktion und die volle Verwirklichung der Ansprüche des arbeitenden Volkes an ein menschenwürdiges Dasein als ein nach dem heutigen Stande der wirtschaftlichen Entwicklung in absehbarer Zeit zu erreichendes Ziel zu erstreben.

3. Die Verhätigung des proletarischen Klasseninteresses muß neben den Mitteln des politischen Kampfes und der wissenschaftlichen Aufklärung in gleicher Weise auch auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Arbeit des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens und der kommunalen Sozialpolitik erfolgen.

4. Die Konferenz erwartet von dem Parteitage eine entschiedene Betonung der wirtschaftlichen wie der politischen Kampfmittel und unter Aufrechterhaltung voller Meinungsfreiheit auf theoretischem Gebiet entschiedene Ablehnung aller Versuche der Verwässerung unserer Kampfesstellung in und gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft.

Der sozialdemokratische Verein in Dessau wird, wie er in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung beschloß, eine gründliche Diskussion der Parteigrundzüge und tatsächlichen Anschauungen auf dem Parteitage zu Hannover mit Freuden begrüßen, würde es aber sehr bedauern, wenn die Diskussion in terroristische Rederichterei ausarten sollte.

Die „Volksstimme“ in Chemnitz legt ihren Standpunkt zu Vernstein in einem Artikel dar, worin sie sagt, daß Vernstein mit den Anschauungen von Marx und Engels, wie sie im Erfurter Programm niedergelegt sind, gebrochen und sich dem Völkertum genähert habe und selbst dem Kardinaldogma des Sozialismus, der Vergeßlichkeit der Produktionsmittel, nur noch bedingte Reverenz erweise.

Ob der Sozialismus die Folge von Katastrophen ist oder lediglich die Folge der organischen Entwicklung, darüber streiten wir uns nicht. Vielleicht wird in germanischen Ländern das letztere zutreffen, bei den weniger gebildeten Romanen vielleicht das erstere.

Jedenfalls kommt die Sozialdemokratie in Deutschland mit der Katastrophentheorie um keinen Schritt näher zum Ziel, als ohne diese, sonst müßten wir eigentlich schon dort sein, denn ein Menschenalter hindurch ist ja die Katastrophentheorie agitatorisch praktiziert worden, ohne daß die Katastrophe Niemande gemacht hätte, zu kommen.

Vorläufig haben wir auf Jahrzehnte hinaus noch genug mit der Propaganda zu thun, um die Massen zu der sozialistischen Idee der gemeinsamen Lebensführung, worunter schließlich alles zu rangieren ist, zu erziehen. Fest steht auch für uns, daß die energische Verwirklichung des Sozialismus nur das Ergebnis einer ganzen Reihe von wirtschaftlichen und politischen Siegen der Arbeiter sein wird, und daß nicht die Verneinung des Elends, sondern die fortgesetzte Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter die Sozialisierung der Masse bewirkt; daß nicht das Chaos, sondern nur der ordnende Gedanke, die Organisation, den Sozialismus gebären kann. Kurzum, was die Voraussetzungen des Sozialismus betrifft, so ist uns vieles an Vernsteins Anschauungen passiv und teilweise auch schon längst anerkannt, aber was den Hauptpunkt, die grundsätzliche Vergeßlichkeit der Produktionsmittel, betrifft, da sprechen sich unsere Wege. Inwiefern Uebergangsstadien nötig sind, sorgt ja der Gang der Dinge schon selbst für solche.

Zum Schluß: Vernstein hat keinen geringen Grad von Mut bewiesen, seine Einwände gegen das System der großen Denker Marx und Engels frei und offen vor der ganzen Partei darzulegen. Er hat dabei in gar mancher Beziehung das ausgesprochen, was unzählige Parteigenossen im Stillen dachten; damit ist ja noch nicht gesagt, daß aus diesem Grunde das, was er sagt, richtig sein müßte; wäre aber auch alles falsch, was er sagt, eines hat, das hoffen wir, sein Vorgehen gelehrt, daß unsere Partei wie die Arbeiterklasse überhaupt sich gewöhnen muß, absolute Meinungsfreiheit zu üben, wenn ihr politisches Leben in gesundem Fluße bleiben soll.

Eine Parteiversammlung in Dresden-Außstadt beschloß folgendes:

In Erwägung, daß die gegenwärtige schärfere Interpretation der strafrechtlichen Bestimmungen sich insbesondere gegen Handlungen Klassenbewußter Arbeiter richtet und diese als Opfer einer Klassenjustiz zu betrachten sind, spricht der Parteitag wegen der unterlassenen Registrierung des hier besonders hervorzuhebenden schuldiggerichtlichen Urteils gegen die Abtainer Bauarbeiter in der Rubrik „Unter dem neuesten Kurs“ im „Vorwärts“ sein Bedauern aus. Der Parteitag erwartet vom Parteivorstand,

1. daß derselbe die unterlassene Registrierung in geeigneter Weise nachholt;

2. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

Der Verlag der „Freien Stunden“ ist anzuweisen, in der Wahl der darin aufzunehmenden Romane mehr Vorzicht walten zu lassen, damit in Zukunft Romane von so zweifelhaftem Wert, wie der kürzlich erschienene: „Die Töchter des Südens“ vermieden werden. Es sei ferner die Zweck des Wertes, die Bildung unter den Lesern zu fördern, leicht in das Gegenteil umschlagen.

Ein Genosse betonte noch die Notwendigkeit der Verbesserung der Parteipresse in den kleinen Orten und ersuchte die Delegierten, dahingehende Anträge unterbreiten zu wollen.

Danach sollte die in einer früheren Versammlung begonnene Diskussion über die Taktik der Partei fortgesetzt werden. Es wünschte jedoch niemand dazu zu sprechen.

Eine Parteiversammlung im sechsten sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Dresden-Land) wählte die Genossen Fleißner und Ledebour zu Delegierten für den Parteitag. Der 6. Kreis stellt folgenden Antrag an den Parteitag: „Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, die Reichsregierung zu interpellieren, wie sie die Durchführung und Beachtung der Reichsgesetze im Königreich Sachsen zu bewirken gedenkt bzw. wie sie sich dazu stellt, daß königlich sächsische Gerichte Reichsgesetze durch Polizeiverordnungen für außer Kraft gesetzt erklären entgegen der Bestimmung der Reichsverfassung: Reichsgesetz geht vor Landesgesetz.“

Offenburg (Baden). Eine namentlich aus den ländlichen Industrieorten des 7. badischen Reichstagswahlkreises gut besuchte Parteikonferenz nahm auch Stellung zur Tagesordnung des Parteitages in Hannover. Mit allen gegen 1 Stimme schloß sich die Versammlung der von den Breslauer Genossen gefassten Resolution an und beauftragte den Delegierten, einer Änderung unserer programmatischen Thesen oder unserer revolutionären Taktik nicht zuzustimmen.

Kongreß der englischen Trades-Unions.

London, 9. September 1899.

Vom Gewerkschaftskongreß ist allzuviel nicht zu melden. Nachdem er am Mittwoch, wie schon mitgeteilt, einen Antrag auf Bildung eines Wahlfonds für Arbeiterabgeordnete abgelehnt hatte, hat er noch am gleichen Tage einen Antrag, eine Konferenz von Sozialisten, Gewerkschaften und Genossenschaften zur Beratung der Mittel und Wege der Vermehrung der Zahl der Arbeiterabgeordneten zu veranstalten, mit einer Mehrheit von 540 00 gegen 434 000 Stimmen angenommen. Für eine solche Konferenz agitiert schon seit längerer Zeit die unabhängige Arbeiterpartei. — Zur Frage der Unfallentschädigung ward einstimmig eine Resolution beschloffen, die

- a) Einbeziehung aller Arbeiterkategorien in das Gesetz; b) Streichung der Vorfrist über absichtliche und grobe Verstöße; c) Einsetzung einer Vorfrist, die den verletzten Arbeitern 50 Proz. des zuletzt verdienten Lohnes verbürgt; d) Verbot aller Sonderverträge

verlangt. Zur Altersversicherung ward eine Resolution beschloffen, die, ohne Nennung einer bestimmten Pensionshöhe, fordert, daß die Pensionsberechtigung vom erreichten 60. Lebensjahr oder eingetretener Arbeitsunfähigkeit eintritt und von keiner Prämienzahlung oder Nachweisung von Selbstvorsorge abhängig gemacht werden soll. Von sonstigen Resolutionen seien genannt: ein Beschluß, der eine wirksame Hausungspolitik der Gemeinden und die Einsetzung von Mietgerichtsöfen verlangt; ein Antrag auf Schließung aller Geschäfte an Sonntagen, ein Antrag zu Gunsten des von Charles Dilke im Parlament eingebrachten Gesetzes für frühen Lohndienst, ein Antrag zu Gunsten verschärfter Bestimmungen bezüglich der Lohnvorchriften bei Arbeitsverdingungen. Abgelehnt wurde ein Antrag zu Gunsten von zwanzmäßigen Einigungsämtern, ein Antrag zu Gunsten der Doppelwählung, und ein Antrag, keinen Delegierten auf dem Kongreß zuzulassen, dessen Hut nicht die Kontrollmarke der Hutmachergewerkschaft aufweise.

Die Wahl des parlamentarischen Komitees ergab die Wiederwahl sämtlicher bisherigen Mitglieder, mit Ausnahme eines Vertreters der Eisenbahner, den ein anderes Mitglied des gleichen Berufes ersetzt, und des Vertreters der Maschinenbauer, für den der soeben gewählte neue Sekretär der Schuhmachergewerkschaft, Gorendge, eintritt. Als nächster Kongreßort wurde Huddersfield bestimmt.

Der Kongreß über den vorigen Jahr gegründeten allgemeinen Gewerkschaftsverband ergab, daß demselben rund 800 000 Arbeiter angehören, für die rund 1300 000 Pfund Eintrittsgeld bezahlt sind; Präsident des Verbandes ist Peter Curran von der Gasarbeiter-Gewerkschaft, Sekretär J. Mitchell von der Maschinenbauer-Gewerkschaft, deren Anschließung aus dem Gewerkschaftskongreß in nochmaliger Verhandlung sanktioniert wurde. Die Maßregel gilt für zwei Jahre. Nach einer Erklärung von Barnes scheint aber der Verein oder dessen Zeitung vorläufig keine Lust zu verspüren, den Kongreß, wie derselbe jetzt konstituiert ist, überhaupt noch einmal zu besuchen. Für welche Abneigung aber nicht nur jener Beschluß maßgebend ist.

Tokales.

Heber Prägelpädagogik und medizinische Sachverständige sprach Genosse Georg Wagner am heutigen Dienstag in einer bei Jubel, Lindenstraße 106, stattfindenden Versammlung des Wahlvereins für den zweiten Reichstags-Wahlkreis. Es wird erwartet, daß die Mitglieder zahlreich erscheinen. Gäste haben Zutritt.

Die Kündigung.

„Sie wollen abgehen?“ „Der Chef hat mir gekündigt.“ erwiderte Fr. Weiße tonlos, im Begriff, das Comptoir zu verlassen. Doch die Buchhalterin, Fr. Keu, hielt sie zurück und forsierte nach dem Grunde. „Weil ich um Urlaub gebeten habe!“ war die Antwort. „Das ist ja kaum glaublich!“ rief Fr. Keu aus. „Es verhält sich aber so!“ fuhr Fr. Weiße fort, „ich sollte erst Urlaub bekommen, und am fünfzehnten trat er“ auf mich zu mit den Worten: „Reisen Sie mit Gott, aber für immer!“ Vom Ersten an brauchen Sie nicht mehr wiederzukommen!“ „Das ist ja unerhört!“ Wie können Sie aber als Handelsgehilfin eine vierzehntägige Kündigung annehmen! Das Handelsgehilfenbuch von 1898 schreibt eine Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen vor! Wenn Sie nichts vereinbart haben, tritt sogar sechsmonatliche Kündigung in Kraft. Sagen Sie ihm nachträglich, daß Sie diese ungesetzliche 14-tägige Kündigung nicht annehmen können und erforderlichen Falles klagen würden!“ So redete die Buchhalterin auf Fr. Weiße ein, die indes in ihrer gedrückten Haltung verharrete und große Unentschlossenheit verriet; sie gehörte zu den Angestellten, welche vor ihrem Prinzipal gittern und nie ihm gegenüber ein Wort der Entregnung wagen. „Ich werde Sie doch noch scharf machen!“ sagte Fr. Keu lächelnd. — „Weshalb wurde eigentlich meiner Vorgängerin gekündigt?“ Sie war ja kaum 6 Wochen hier! Gleichwohl

waren ihre Arbeiten korrekt!“ Fr. Weiße sah sich schen um. „Er ist doch nicht hier? Wehe, wenn er sieht, daß wir miteinander sprechen!“ „Beruhigen Sie sich“, sagte die Buchhalterin spöttisch, „der Chef ging zum Barbier; Sie dürfen mal frei aufatmen!“ „Ich frage nur Ihre Wege“, erwiderte Fr. Weiße, „Sie dürfen, wenn Ihnen Ihre Stellung lieb ist, weder im Geschäft noch außerhalb mit dem übrigen Personal verkehren. Ihre Vorgängerin handelte diesen Vorschriften zuwider und wurde entlassen.“ „Zwiffig-Kündigungsgrund das! Im Geschäft könnte man allerdings den Verkehr auf das Nötigste beschränken, doch in der Privatverehr geht doch der Chef nicht an!“ meinte Fr. Keu. Leider fehlt auch oft bei den Gehilfen solchen Vorschriften gegenüber das Beispiel männlicher Energie. Die viele Gehilfen blieben abends länger im Geschäft, als ihre Kolleginnen, um sich beim Chef beliebt zu machen. Anderen wieder fehlte stets der Mut, pünktlich zu gehen, und sie gaben aus Freigheit mindestens eine halbe Stunde zu! Ach, das sind traurige Zustände!“ „Ich habe auch häufig länger arbeiten müssen“, sagte Fr. Weiße, „meine Gesundheit hat darunter gelitten und zum Dank dafür werde ich entlassen!“ „Rechnen Sie auf Dank solcher Chefs, so ist das eben so thöricht, wie der Glaube an das sogenannte Handlungsbüchlein von Chef und Angestellten. In schroffen, unveröhnlichen Gegensätze stehen sich beide Klassen gegenüber, wie zwei feindliche Heerlager! Die Gehilfen sind meist noch nicht zu dieser Erkenntnis erwacht. Die Chefs aber wissen es ganz gut, daß der Schaden des Angestellten, wie: langer Lohn, überlange Arbeitszeit, ihnen zum Vorteil gereicht. Wie leicht wird der Chef mit dem einzelnen Gehilfen fertig, wer sich nicht fügt, ist leicht erledigt durch Wegnahme. Wann wird den Gehilfen die Scheuklappe des Standesbündels von den Augen fallen, auf daß sie von den Fabrikarbeitern lernen können, sich gemeinsam gegen die Uebergriffe des Kapitalismus zur Wehre zu setzen. Wann wird auch die Gesamtheit der Handlungsgehilfen endlich nach der wuchtigen Waffe der Organisation greifen?“

Der Typhus in Berlin. Eine bebenliche Mitteilung geht uns aus dem Nordwesten der Stadt zu. In Moabit ist nämlich, wie uns zuverlässig gemeldet wird, der Typhus ausgebrochen, und zwar sind bis jetzt 17 Erkrankungsfälle konstatiert worden. Man führt den Ausbruch der Seuche auf den Genuß von Wasser aus dem Reinickendorfer See zurück. Öffentlich geschieht alles, um eine Ausbreitung der gefährlichen Krankheit zu hindern und ihre Ursache in diesem Falle festzustellen.

Die städtischen Kanzlisten haben beim Magistrat beunruhigt um Aufbesserung ihrer Lage nachgesucht. In einer an die Stadtverordneten-Versammlung gerichteten Petition werden die Wünsche der Betenden dahin präzisirt: 1. Die Zuschüsse an die in der städtischen Verwaltung dauernd beschäftigten Kanzlisten vom 1. April d. J. ab in der Weise festzusetzen, daß nach fünfjähriger Dienstzeit monatlich 15 M., steigend von fünf zu fünf Dienstjahren um je fünf Mark monatlich, gezahlt werden, und 2. vom 1. April d. J. ab eine anderweitige Regelung der Stellung der von der Stadt dauernd beschäftigten Kanzlisten durch Anstellung in Erziehung zu nehmen. Die Petition wird demnächst den Ausschuss beschäftigen, welcher zur Beratung der Vorlage, betreffend die Bewilligung von Altersverrentungen an Kanzlisten, eingezogen werden soll.

Keine Spielplätze im Winterhalbjahr. Den hiesigen Vereinen, die sich darum beworben, wird gestattet, die in den städtischen Parks vorhandenen Spielplätze zum Spielen für die Jugend während des Sommers zu benutzen. Neuedingungen haben aber die Vereine bei der städtischen Verwaltung beantragt, ihnen auch die Spielplätze während der Herbst- und Winterzeit zu nehmungs- und Wettspielen zu überlassen. Dies soll aber nicht anständig sein, weil der Rasen auf den Spielplätzen sich im Herbst und Winter erholen muß. Könnte sonst keine Hilfe geschaffen werden?

Frauen im Dienste der Berliner Waisenpflege. Die Armenverwaltung, Abteilung für die Waisenverwaltung, hatte durch Rundschreiben vom 9. Januar die Gemeinde-Waisenräte ersucht, zur Erleichterung ihrer Arbeiten die Tätigkeit der Frauen in erhöhtem Maße heranzuziehen. Infolge dessen hat sich jetzt die Zahl der Frauen, welche den Gemeinde-Waisenräten beigegeben sind, erheblich vermehrt. Es sind 49 Frauen, darunter 3 unberufete, hinzugekommen.

Die Staatsbürger-Zeitung“ quillert über die Jächtigung, die wir ihr am Sonntag wegen der gegen unsern toten Kollegen Jacobus verübten Gemeinheiten verabfolgt haben, mit folgenden verwirrten Worten: „Selbstverständlich fällt es uns nicht ein, auf die Ausfälle des Singerblattes hier zu antworten; das wird an anderer Stelle geschehen.“

Uns soll es gleichgültig sein, ob sich das Blatt nunmehr eine besondere Dressebe leisten, oder ob es sich die Gemeinheit seiner Bestimmung vor Gericht attestieren lassen will.

Dem Fuhrherrn Emil Thien, in Firma „Berliner Fuhrwesen Thien“, ist die widerrechtliche Genehmigung zur verkehrswidrigen Inbetriebnahme einer Motorlokomotive erteilt worden.

Traurige Folgen hat der Drehschloß-Prozess auch in Potsdam gezeigt. Diefelge Mätter bringen die folgende, für jeden Patriot höchst betrübende Mitteilung: Das Schlafzimmer des Kaisers im Stadtschloß zu Potsdam, das bekanntlich im Drehschloß-Prozess eine Rolle spielte, weil der Advokat Merzian de Müller aus Biele bei einem Besuch im Jahre 1894 angeblich dort die Zeitung „Libre Parole“ mit einer auf Drehschloß bezüglichen Notiz gesehen haben will, wird auf Anordnung des Hofmarschallamts ebenso wie die übrigen Zimmer, welche dem Kaiser zum Aufenthalt vorbehalten sind, fortan nicht mehr dem Publikum gezeigt werden. Im Neuen Palais und im Berliner Schloß sind die Räume, welche das Kaiserpaar bewohnt, auch in dessen Abwesenheit dem Publikum nicht zugänglich. Das Potsdamer Stadtschloß war bisher das einzige Palais, in dem man zu den Gemächern des Kaisers während dessen Abwesenheit Zutritt hatte. Wenn nun auch feststeht, daß die Auslage Merzian de Müllers erfinden ist, so hat sie doch zu der vorerwähnten Anordnung Veranlassung gegeben.

Eine Gerichtsstragödie. Vor Aufregung ist gestern die 62-jährige Witwe Ledig, Grüner Weg 37 wohnhaft, gestorben. Sie sollte in einer Privatbeleidigungssache geringfügiger Art als Zeugin verurteilt werden und hatte zum erstenmal in ihrem Leben vor Gericht zu erscheinen. Schon bei dem Hinweise auf die Wichtigkeit und Heiligkeit des Eides, der in üblicher Weise seitens des Vorsitzenden an sämtliche Zeugen erging, verriet die Ledig so große Aufregung, daß sie sich kaum auf den Beinen zu halten vermochte. Während sie dann auf dem Plur des Aufrufs harrte, brach sie plötzlich zusammen. Man glaubte sie nur von einer Ohnmacht befallen und trug sie an die frische Luft. Da ihr Zustand sich aber nicht änderte, brachte man sie nach dem Roßbiter Krankenhaus. Nach etwa einer halben Stunde erlitten die beiden Personen, welche die Ledig fortgebracht hatten, wieder an Gerichtsstelle und meldeten, daß sie im Krankenhaus verstorben sei. Als Todesursache sei Gehirnschlag angegeben worden. Die Meldung wirkte auf die prozessführenden Parteien derart, daß sie es vorzogen, die Streitigt zu begraben und einen Vergleich zu schließen.

Daß die Mörderin der Witwe Fiebig in Al-Waldhofs geistig nicht normal ist, geht aus folgender Zeitungsmeldung hervor: In der Gastwirtschaft der ermordeten Witwe Fiebig hat am Sonntag ein Sozialtermin stattgefunden, zu welchem auch die jugendliche Mörderin Vertha Schürer dahin gebracht worden war. Das Mädchen, trotz des „M. J.“ berichtet, wie immer einen fast freien Gleichmut zur Schau und beantwortete dann die an sie gerichteten Fragen mit idiotischer Gelassenheit. Sie gestand, sie habe den Mord be-

gangen, aber leugnete, sich das Geld angeeignet zu haben. Als der Untersuchungsrichter Kruski sie fragte, warum sie den Diebstahl nicht zugeben wolle, entgegnete sie kleinlaut: „Ja, wenn ich Geld gestohlen habe, werde ich bestraft.“ Endlich nach etwa zweifelhafte Vernehmung gestand sie unter Thränen, daß sie auch das Geld gestohlen habe, sie zeigte nochmals, wie sie das grauenhafte Verbrechen ausführte, wie sie der alten Frau die Schläge auf den Kopf beibrachte, dann die Schlüssel unter dem Kopfkissen hervorholte und aus dem Kasten den Beutel mit Geld raubte. Aber als sie ausfragen sollte, wo sie das Geld verborgen habe, weigerte sie sich förmlich und nahm sogar ihr Geständnis, die Entwendung des Geldes betreffend, zurück. Kein Versuch, auf ihr Gewissen einzuwirken, half. Als man nach Beendigung des Verhörs auf dem Rückweg nach Hangelnsee durch den Wald schritt, soll die Schröder sich Blumen gepflückt haben. Da das Ausrufen der Asten „Schröder und Genossen“ lautet, so scheint die Gerichtsbehörde der Ansicht zu sein, daß die Schröder Mitschuldige habe.

Verhören diese Mitteilungen auf Wahrheit, so kann es schwerlich zu einer gerichtlichen Verhandlung kommen und die junge Wöderin wird im Irrenhause statt im Zuchthause ihr Leben beschließen müssen.

Auf der elektrischen Straßenbahn im Tiergarten ereignete sich Sonntagmorgen ein Unfall. Eine Droschke erster Klasse fuhr um 4 1/4 Uhr mit einem Ehepaar und dessen etwa 1 1/2 Jahre altem Kinde nach Charlottenburg zu die Charlottenburger Chaussee entlang. Zwar hatte der Kutscher mitten auf dem Fahrdamm genug Platz, doch hielt er sein Gesicht vorschriftswidrig auf dem rechten Straßenabzweig. In der Nähe des großen Sterns begegnete ihm ein Straßenbahnzuge, ein Motor mit einem Anhängewagen. Unmittelbar vor dem Zuge fiel es dem Kutscher ein, eine Schwenkung zu machen und vor dem Motorwagen vorbei über das linke Geleise hinweg zu fahren, obwohl der Führer ihn durch anhaltendes Läuten warnte. Ein Zusammenstoß war unvermeidlich, wenn auch der Führer des elektrischen Wagens aus Leibeskräften bremste. Die Insassen der Droschke schwebten in der höchsten Gefahr, zermalmt zu werden, als im letzten Augenblick noch die Rettung kam. Das Droschkenschloß machte eine scharfe Wendung nach rechts, sobald es das Geleise überschritten hatte, und so wurde das Gefährt, das vorher quer vor dem elektrischen Wagen gestanden hatte, nach der Seite zu von den Schienen geschleudert. Der Motorwagen fuhr nur noch halbwegs sein rechtes Hinterrad, allerdings mit solcher Wucht, daß danach die Droschke in Entzweiung ging und der Kutscher in weitem Bogen vom Bord stieg. Viele Speichen und Felgen des Rades zerplüßten, so daß der eiserne Reif allein auf dem Puffer des Motorwagens hängen blieb. Während die Fahrgäste in dem hinteren Teile der Droschke auf der Straße stehen blieben, lief das Pferd mit dem abgebrochenen Vorderteil in den Tiergarten hinein, bis es durch Spaziergänger angehalten wurde. Die Fahrgäste kamen ganz unverletzt davon, auch der Kutscher ohne erhebliche Verletzungen. Das Publikum war gegen den Mann, der mit bodenlosem Leichtsinne seine Fahrgäste und sich selbst in Lebensgefahr brachte, sehr aufgebracht.

Der Zusammenbruch eines Leiterwagens verursachte Montagmorgen um 3 1/4 Uhr vor dem Gebäude der Hauptverwaltung der Staatsfinanzen eine längere Verkehrsstockung. Der einpferdige Wagen war mit allerhand Bauholz, Leitern und Eisenzeug für Reparaturen überladen. Es dauerte zehn Minuten, bis es den vereinten Bemühungen der Pferdebesitzer, des Publikums und einiger Schenkmänner gelang, das Brack so weit beiseite zu schieben, daß der Verkehr wieder frei war.

Verunglückt ist der Feuerwehrmann Meyer von der Hauptwache in der Lindenstraße. Am Montag gegen Abend, als Jng 17 von einem Brande heimkehrte, löste sich in der Lindenstraße ein Schwengel der Spritzenbespannung, und das dadurch eingeschleuderte Pferd, dem der Schwengel gegen die Füße schlug, drängte ungestüm vorwärts, wobei der Kutscher Meyer vom Bod gerissen wurde. Die Räder der Spritze gingen ihm über den Arm, der dadurch gebrochen wurde. Ob der Verunglückte auch innere Verletzungen davongetragen hat, ist noch nicht festgestellt. Mit Unterstützung zweier Kameraden konnte er den kurzen Weg zur nahen Hauptwache zu Fuß zurücklegen.

Vermißt wird seit dem 9. April d. J. der Student der Medizin Siegfried Samuel Ademann, der am genannten Tage zur Fortsetzung seines Studiums von hier nach Basel abgereist ist und seitdem seinen hier wohnenden Angehörigen keine Nachricht mehr gegeben hat. Da er bisher in Basel nicht ermittelt werden konnte, so wird vermutet, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei. Personen, welche über seinen Verbleib Auskunft geben können, werden ersucht, sich wochentags in der Zeit zwischen 9 und 1 Uhr im Polizei-Dienstgebäude am Alexanderplatz Nummer 248 einzufinden.

Während das Berliner Aquarium in den letzten Wochen besonders die Abteilungen der warmblütigen Wirbeltiere, das heißt der Säugetiere und Vögel um mancherlei Neuheiten bereichern konnte, haben ihm die jüngsten Eingänge seltene Exemplare der Gattungen an Meerestieren gebracht. Die Tochteransicht des Aquariums, die zoologische Station in Kopenhagen, sandte in zwei Transporten acht Stück eines von ihr im arktischen Meere erbeuteten Weichtiers, nämlich eines achtfüßigen Tintenzephalus, dessen acht Arme mit je einer Reihe von Saugnapfen besetzt sind und dessen Fleisch hart nach Rohschnecken riecht. Die Tiere, Verwandte des vor einigen Monaten hier zu sehenden echten Tintenzephalus, fesseln den Betrachter durch ihr abenteuerliches Aussehen, ihren Farbenreichtum, die Bewegungen der Schlangennähe, ihre merkwürdige Jagd auf Krustentiere und dergleichen und ihre eigentümliche, bei keinem anderen Tiere wiederzufindende Fortbewegung.

Theater. In der Aufführung von Henrik Ibsens „Rosmerds Hölme“, die am Freitag im Deutschen Theater stattfand, wirkten die Damen Luise Damm, Luise v. Pöllnitz und die Herren Alfred, Reichert, Reinhardt und Sauer mit. — Im Schiller-Theater wird morgen die Ausgabe der ersten, b. an den Tag gebundenen Abonnements (erste Serie) für das 1. Quartal geschlossen. Feste und freie Abonnements werden in der Büllet-Abteilung des Theaters und in der Trauungswirtschaft (Leipzigstr. 8) abgegeben. — Im Friedrich-Wilhelm-Adolf-Theater geht heute, Dienstag, die mit großer Spannung erwartete viertelstündige Operette „Die Reize nach der Teufelsinsel“ in Szene.

Aus den Nachbarorten.

Der Vertrauensmann von Pankow-Nieder-Schönhausen stellt sich zur Lokalliste mit: Das Lokal des Herrn Schäffer in der Lindenstr. 43 zu Schönhausen ist in der Lokalliste irrtümlich als gesperrt aufgeführt worden. Das Lokal ist frei und steht schon seit dem 6. August zur Verfügung.

Treptow-Baumtschuleweg. Mittwochabend 8 1/2 Uhr hält der Verein „Vorwärts“ eine Versammlung im Lokal des Herrn Ademann, Baumtschulestr. 78, ab. Genosse Regge aus Johannisthal hält einen Vortrag mit dem Thema: „Der Feind, den wir am tiefsten hassen“.

In der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung am Montag beantragte der Magistrat die Bewilligung von 3000 M. für die am 1. Dezember 1900 stattfindende Volkszählung. Die Summe wurde bewilligt. Bei der Wahl eines Ausschusses für die Anstellung eines zweiten besoldeten Stadtrats wurden die Stadtverordneten Müller, Richter, Korbhausen, Obst, Haase, J. Richter, B. Fröhlich, Hehen und Ebeling gewählt. Es folgte die Vorlage betreffend Genehmigung der vom königlichen Provinzial-Schulcollegium vorgeschlagenen Kostenverteilung für den katholischen Religionsunterricht an dem städtischen Gymnasium werden jährlich, vom 1. Oktober d. J. ab, 270 M., nach Eröffnung der Obersekunda jedoch jährlich 300 M. bewilligt. Zu Titel I, 3 des laufenden Haushalts werden somit 570 M. nachbewilligt. Dieser Antrag wurde angenommen.

Aus der „gemeinsamen Krankenkasse für Tempelhof und Umgegend“ sollen jetzt auf eine Verfügung der kgl. Regierung hin die Gemeinde Tempelhof nebst dem Gutbezirk Hagenheide am 18. d. M. ausscheiden, um nun diesem Termin ab eine eigene Krankenkasse zu bilden. Es ist daher vom Landrat

die Wahl der Kassendelegierten bereits auf den heutigen Dienstag angebergt, in welcher von den Arbeitgebern 6 und von den Kassemitgliedern 11 Vertreter zu wählen sind, und zwar auf 4 Jahre. Die Zahl der Kassemitglieder beträgt in Tempelhof und Hagenheide 1187, während 139 Arbeitgeber für 1124 Mitglieder Beiträge zu zahlen haben.

Zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Gemeindefeuerhauses in Schmargendorf bei Berlin ist ein Wettbewerb unter den deutschen Architekten ausgeschrieben worden. Dem aus 7 Personen bestehenden Preisgericht gehören als Sachverständige an die Herren Geh. Baurat Schulze in Berlin, Stadt-Verinspeltor Geling in Schöneberg, Gemeinde-Baurat Kleinmann in Steglitz und Ingenieur Rannow in Wilmersdorf. Der erste Preis beträgt 500, der zweite 300, der dritte 200 Mark. Die Entwürfe sind bis zum 15. Oktober d. J. an den Gemeindevorstand in Schmargendorf einzureichen; das Bauprogramm, die Wettbewerbsbedingungen und ein Lageplan können kostenfrei bezogen werden.

Der eine prächtige Fernsicht gewährende Brauhausberg bei Potsdam ist gegenwärtig abgeperrt, weil dort der Bau der neuen Kriegsschule stattfindet. Nach Abholung des prächtigen Waldes soll das Gelände geerntet werden, wobei ungeheure Mengen Erde in Bewegung gesetzt werden müssen. Auch auf dem dicht dabei gelegenen Berge, auf dem bisher immer am 18. Oktober die Fremdenfeuer abgebrannt wurden, herrscht emsige Bauhätigkeit, da dort ein neues Hochbett für die Potsdamer Wasserleitung erbaut wird.

Auf einer Radfahrt ist der Oberst a. D. Karl Krefner in Groß-Lichterfelde plötzlich gestorben. Als der Offizier in bestem Wohlbefinden Sonnabendmorgen auf seinem Rade den Augustplatz zu Groß-Lichterfelde passierte, wurde er von einem Herzschlag getroffen und stürzte tot auf den Boden. Die Leiche wurde nach seiner in Groß-Lichterfelde, Holbeinstr. 29, gelegenen Villa geschafft.

Haubbesitzer kontra Volle. Die Friedenauer Haubbesitzer hatten seinerzeit an den Amtsvorstand eine Petition gerichtet, in welcher sie die Beschränkung des Hausierhandels und gleichzeitig das Verbot des Ausklingelns von Milch verlangten. In der nunmehr erfolgten Antwort führt der Amtsvorsteher aus, daß er alles thue, soweit es das Gesetz erlaube, um den Hausierhandel zu beseitigen. Ganz anders verhalte es sich jedoch mit dem Milchausklingeln, da das Publikum sich daran gewöhnt habe. Die Herren wollen sich nunmehr selbst helfen und auf ihren Grundstücken das Hausieren verbieten. Kleinlich!

Durch einen Revolverhieb ins Herz getötet hat sich am Montagmorgen 1/97 Uhr in Potsdam der 31-jährige Reisende Bruno Reiband. Die That soll die Folge von fortgesetzten Unterdrückungen sein, welche Reiband bei seinem Chef, dem Großdeputierten G. J. Kallabis in Potsdam (Inhaber Alfred Dahlweid), Jägerstr. 6, begangen hat.

Ein Dampfer-Zusammenstoß hat Sonntagabend auf der Havel stattgefunden. Der Berlinerische Turmsee, der den Stern-Dampfer „Kronprinzessin Victoria“, zu einer Fahrt nach dem Kaiserturn und Spandau gemietet hatte, befand sich um 8 1/2 Uhr, auf der Rückfahrt begriffen, in der Nähe von Sandwerder. Angehoben waren die Lichter eines entgegenkommenden Dampfers durch davorstehende Passagiere verdeckt, dem plötzlich erfolgte in der Dunkelheit ein heftiger Zusammenstoß, wobei dem Stern-Dampfer der Vordersteven unter Wasser eingedrückt wurde, so daß er infolge des eindringenden Wassers in Gefahr geriet, unterzugehen. Es entstand eine große Aufregung unter den Passagieren, zumal von dem anderen Dampfer namens „Dorothea“, einige Passagiere, sowie die Laterne auf den Stern-Dampfer hüüberstürzten. Der Führer dieses Dampfers, der einem Maschinenmeister an der Obersee gehört, fuhr sofort weiter. Der Kapitän Führer ließ die „Kronprinzessin Victoria“, um sie vor dem Sinken zu bewahren, sofort nach dem flachen Ufer des Sandwerders laufen, wo der Dampfer nach festliegt. Dann wurde von Bannewitz aus der Stern-Dampfer „Titel Friedrich“ durch einen Boten herbeigerufen, welcher die Passagiere des led gewordenen Dampfers nach Bannewitz brachte, von wo aus sie mit der Bahn nach Berder zurückkehrten.

Der Müggelsee hat wieder ein Opfer gefordert. Der Gastwirt Brünning vom „Spreckeloh“ zu Friedrichshagen veranstaltete Sonntag eine Segelfahrt, deren Start und Ziel die Waldwirtschaft „Rübzahl“ an der Dampferbrücke gegenüber den Müggelseen war. Brünning's Boot „Marie“ feuerte der bei ihm wohnende 60 Jahre alte Kondockst Julius Rehring. Aufser diesem befanden sich noch drei Pkand in dem Boote. Um 3/4 Uhr brachte ein heftiger Windstoß, der unvertattet in die See fiel, die „Marie“ in der Nähe von Kadudorf zum Kentern. Die vier Insassen fielen ins Wasser. Drei retteten sich durch Schwimmen, Rehring dagegen ertrank. Als das Boot der Rettungsstation bereits in seiner Nähe war, um ihn aufzunehmen, ging er unter.

Zehlendorf. Eine anständige Umschleuer hat die hiesige Gemeinde eingeholt. Das zum Gemeindebezirk Zehlendorf gehörige Gut Schönow ist von dem Banier Reuburger-Berlin für den Preis von 3 450 000 M. erworben worden. Der Zehlendorfer Gemeindefasse fiel demnach eine Umsatzsteuer von 34 500 M. zu.

Geriichts-Beitung.

In einem Abgrund sittlicher Verkommenheit führte eine Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechen und Blutschande, die die 11. Ferien-Strafkammer gegen den 17-jährigen Arbeiter Ferdinand Jacobs zu verhandeln hatte. Der Angeklagte ist aus Ahrig gebürtig und war dort Besitzer eines kleinen Anwesens. Er hat zugegeben, nachdem mit seiner eigenen, jetzt 10-jährigen Tochter von deren 11. Lebensjahre an in einem schmachvollen Verkehr gestanden und das Mädchen gezwungen, seine Schändlichkeiten zu dulden. Endlich konnte das Mädchen den Elend über das Gebahren des Vaters, dessen Attentaten sie sich nicht zu entziehen vermochte, nicht mehr überwinden und sie entfloß deshalb aus dem Vaterhause, um hier in Berlin in Dienst zu treten. Aber auch hier hatte sie keine Ruhe. Der Angeklagte verkaufte sein Anwesen in Ahrig und ging gleichfalls nach Berlin, wo die Tochter aufs neue seinen Raufstellungen ausgesetzt war. Auch die Drohung mit einer Strafanzüge war nicht im Stande, den verrohten Menschen zur Besinnung zu bringen. Eines Tages, als das Mädchen sich auf einer Landpartie befand und im Walde Beeren suchte, tauchte plötzlich der Angeklagte neben ihr auf und suchte sie zu vergewaltigen, indem er sie am Halbe packte und zu Boden zu werfen suchte. Die Tochter riß sich mit Aufgebot ihrer letzten Kräfte los, entfloß dem sie verfolgenden Angeklagten und brachte sich in Sicherheit. Nunmehr hatte sie kein Mitleid mehr mit dem Vater, sondern erstattete Strafanzeige. Vor Gericht lebte sie ihr Zeugnis ab, der Gerichtshof konnte aber von einem solchen absehen, da der Angeklagte die ihn belastenden ungeheuerlichen Thatfachen in vollem Umfange zugab. Der Staatsanwalt beantragte zehn Jahre Zuchthaus, der Gerichtshof erkannte auf sechs Jahre Zuchthaus und Ehrverlust.

Wegen Körperverletzung stand gestern der Postschaffner Gustav Majala vor dem hiesigen Schöffengericht. Der Angeklagte ist Hauswart des Postgebäudes in der Prinzessinnenstraße, auf dessen Grundstück im Sommer ein Neubau aufgeführt wurde, der nach der Straße zu durch einen Bauzaun abgegrenzt war. Der Bauzaun bildete den Mittelpunkt der Spielstätte der dortigen Jugend, die häufig über den Zaun kletterte und auf dem Bauplatz herumtollte, so daß der Angeklagte seine tiefe Not mit den Jungen hatte. Der ausführende Baumeister hatte ihm, als er sich darüber beklagte, den Rat gegeben, den Bauzaun von innen an der oberen Kante und den Jungen mit einer klebrigen Masse zu bestreichen, damit sich die Jungen beim Uebersteigen des Zaunes gehörig beschmutzen und dadurch veranlaßt würden, vom Bauplatz sich fern zu halten. Am Sonntag, den 25. Juni, nachmittags,

standen vier kleine Schulkinder an dem Bauzaun und guckten durch ein ziemlich breites Loch deselben. Plötzlich schrie der eine Junge laut auf und seine Kameraden bemerkten, daß sein Gesicht über und über mit Farbe beschmutzt war, welche offenbar eine ätzende Wirkung hatte, denn das Gesicht wurde, nachdem die Farbe abgewaschen war, intensiv gerötet. Da der Junge über Schmerzen klagte und verschiedene Stellen des Gesichtes anschwellen, mußte ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden. Nach dreitägiger Behandlung schärfelte die Gesichtshaut des Knaben langsam ab. Sein Vater fuhr den Strafanzug gegen Majala gestellt, weil sein Sohn und dessen Freunde behaupteten, daß dieser dem Jungen die mit Karbol durchsetzte Flüssigkeit absichtlich in das Gesicht gespritzt habe. Die Knaben blieben auch vor Gericht mit aller Bestimmtheit dabei, gesehen zu haben, wie der Angeklagte mit einem Eimer herangekommen sei, einen großen Pinsel in die Flüssigkeit getaucht und ihn dann direkt durch das Loch, durch welches sie guckten, ausgespritzt habe. Der Angeklagte bestritt dies entschieden und behauptete, daß er lediglich den Zaun von innen bestreicht habe und dabei ohne sein Verschulden Flüssigkeit durch das Loch gespritzt worden sei. Obgleich ihm einige Zeugen bezeugten, daß er an jenem Nachmittag den Zaun gestrichen habe, hielt der Staatsanwalt die Absichtlichkeit für erwiesen und beantragte 60 M. event. zwölf Tage Gefängnis. Der Gerichtshof erachtete die Sache trotz der bestimmten Aussagen der vier Knaben nicht für genügend aufgeklärt und erkannte deshalb auf Freisprechung.

In Sachen Kriegshelm und Genossen ist zu melden, daß die Voruntersuchung, welche bereits geschlossen war, von neuem wieder eröffnet worden ist, da es den beiden Verteidigern, Rechtsanwältin Dr. Schwindt und Morris gelungen ist, durchzusetzen, daß noch ein zweiter kaufmännischer Sachverständiger in der Person des Väterrevisors Doerz hinzugezogen werden soll. Der Verhandlungstermin ist dadurch aufs neue hinausgeschoben worden und dürfte schwerlich noch im Laufe dieses Jahres stattfinden.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In Ihrer Nummer 212 finde ich eine Notiz, worin sich verschiedene Irrtümer eingeschlichen haben. In erster Linie ist von einem Streit bei mir keine Rede gewesen, zweitens habe ich nicht Anzeige erstattet, sondern der Hohenleier W., drittens ist der Klemperer W. nicht hierher gekommen, um mit den Kollegen zusammenzutreffen, sondern er wollte am genannten Tage mittags anfangen zu arbeiten. Was im genannten Lokale vorgefallen war, ist mir bis vor kurzem vollständig fremd gewesen. Hochachtung J. W. Kauter.

Versammlungen.

Die Parteikonferenz des Wahlkreises Niederbarnim tagte am Sonnabend in Nummelsburg. Man ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Jacobson in der üblichen Weise. Dann hielt Freiwald-Pantow ein einleitendes Referat über die Tätigkeit der Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg. Er bemerkte unter andern, die Herausgabe einer besondern Zeitung zur Unterstützung der Agitation in den ländlichen Kreisen habe sich als notwendig erwiesen und sei deshalb von der Agitations-Kommission beschlossen worden. Der Kreis Zeltow habe sich zwar gegen die Herausgabe der Zeitung ausgesprochen. Der früher erwähnte „Wähler“ habe so großen Anhang gefunden, daß man annehmen könne, die geplante Zeitung werde eine große Zukunft haben. — Gerstenberger-Weihenese begründet folgenden Antrag zur Provinzialkonferenz: Zur Entfaltung einer lebhaften Agitation unter der Landbevölkerung ist eine populäre, regelmäßig erscheinende Landarbeiter-Zeitung seitens der Agitationskommission herauszugeben. — Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen, ebenso ein aus Friedrichsberg vorliegender Antrag, welcher die Verbreitung des Kalenders „Vorkämpfer Landbote“ in der ersten Hälfte des November wünscht. — Als Delegierte für die Brandenburger Provinzialkonferenz werden gewählt: Kopp-Friedrichsberg, Ernst Krause-Pantow, Oehling-Nummelsburg. Als Ersatzmann wird Bell-Friedrichsberg bestimmt. Die Mandat-Prüfungskommission giebt bekannt, daß 10 Orte durch 28 Delegierte vertreten sind, ferner sind anwesend mehrere örtliche Vertrauensleute, der Reichstags-Abgeordnete des Kreises Genosse Stadthagen, je ein Mitglied der Pres- und der Agitationskommission.

Hierauf folgt der zweite Punkt der Tagesordnung: Der Parteitag in Hannover, Stadthagen, der über diesen Punkt referiert, beschäftigt sich vorwiegend mit den zu erwartenden Debatten über die Angriffe auf die Grundanschauungen unserer Partei, er polemisiert gegen die von Bernstein vertretenen Anschauungen und kommt dann auf die Frage des Kompromisses zu sprechen, wobei er unter andern anführt: Wenn vor den Thoren Berlins (Kreis-Konferenz von Oberbarnim) Zeitungsberichten zufolge beschlossen wurde, bei Kommunalwahlen ein Kompromiß mit bürgerlichen Parteien abzuschließen, so sei das ein Verstoß gegen die Beschlüsse des Parteitages, wonach Kompromisse mit bürgerlichen Parteien nicht abgeschlossen werden dürfen. In Bayern dagegen lege kein Kompromiß, sondern ein Bündnis vor, was an sich nicht gerade zu verwirren ist, wenn auch die Bayern in dem vorliegenden Falle nicht Flug gebunden hätten, indem sie dem Centrum die Mehrheit verchaffen. Seine Ausführungen über die Parteilichkeit folgt der Redner in folgender, an den Parteitag zu sendenden Resolution zusammen:

Der Parteitag wolle erklären: Es liegt keinerlei Grund zu irgend einer Veränderung der Grundanschauungen oder der Taktik der Partei vor. Von den Vertretern der Partei muß verlangt werden, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und das Endziel der Vergesellschaftung der Proletarier im Auge haben und bei der Agitation dies Endziel in erster Linie in den Vordergrund stellen, um das sozialistische Bewußtsein der Massen zu wecken und zu stärken.

Es ist insbesondere gegenüber dem von Tag zu Tag sich mehr zuspizierenden Klassenkampf zu verweisen, von dem Gerechtigkeitsgefühl der bürgerlichen Parteien etwas zu erwarten.

Die Bestreitung des Proletariats aus den Fesseln des Lohnsystems kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Es ist an der revolutionären Grundanschauung und an der revolutionären Taktik der Partei festzuhalten und jedem Versuch der Vertuschung des Klassenkampf-Charakters entgegenzutreten.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Eine längere Debatte entsteht über den bekannten Antrag der Prehkommission, betreffend Änderung des § 17a des Organisationsstatuts. Stadthagen ersucht, dem Antrage hinzuzufügen: In Streitfällen entscheidet die Prehkommission und der Parteivorstand unter Hinzuziehung der Kontrolleure. John-Ober-Schöneweide beantragt: Der „Vorwärts“ wird vom 1. Januar 1900 an wieder Lokalorgan der Berliner Genossen. Dieser Antrag wird mit 19 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Prehkommission und der Antrag Stadthagen werden ebenfalls abgelehnt. Nachdem noch einige minder wichtige Anträge abgelehnt worden sind, wird zur Wahl der Delegierten zum Parteitag geschritten. Hierzu legt ein in Pankow gefaßter Beschluß vor, wonach kein Pankower Genosse ein Mandat zum Parteitag annehmen darf. Nachdem zwei Genossen aus Pankow, die vorgeschlagen wurden, sich zur Annahme des Mandats bereit erklärt hatten, entsteht eine Debatte zwischen den Genossen, welche aus Pankow anwesend sind. Die Konferenz erklärt jedoch die Pankower Angelegenheit als eine lokale, die hier nicht berätschelt werden braucht. Als Delegierte zum Parteitag werden hierauf gewählt: Hauffild-Weihenese und Hofmann-Pantow. — Annahme werden noch folgende Wahlen vorgenommen: Kreisvertrauensmann Kopp-Friedrichsberg, Mitglied der Agitationskommission Freiwald-Pantow, Mitglieder der Prehkommission Gerstenberger-Weihenese und John-Ober-Schöneweide.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Gerstenberger schließt die Konferenz mit einem Hoch auf die Socialdemokratie.

Für den Wahlkreis Potsdam-Osthavelland fand am Sonntag in Potsdam die diesjährige Parteikonferenz statt, welche aus 18 Orten mit 25 Delegierten besetzt war. Aus dem Bericht des Kreis-Vertrauensmannes Schröder ist hervorzuheben, daß die Parteibewegung in den meisten Orten sehr unter dem Mangel an thätigen Kräften leidet; die Abwesenheit der Presse habe sich auch nicht nach Wunsch vergrößert.

Die Einnahme im Verlaufe betrug 1012,83 M., die Ausgabe 867,75 M. und der Bestand einschließlich eines nachträglich eingenommenen Postens von 195 M. 340,08 M.

Genosse Schröder faßt auch die Angelegenheit des Pilschdorfer Bierbottlens und die Stellungnahme der Berliner Parteileitung zu demselben an, worauf sich hierüber eine längere Diskussion entwickelte. Auf Antrag Kiegers werden die Delegierten zur Provinzial-Konferenz beauftragt, die Boykottangelegenheit auf dem Provinzial-Parteitag zur Sprache zu bringen. Dem Kreis-Vertrauensmann wird zu seinem Kassenericht einstimmig Decharge erteilt.

Das Verhalten des Genossen Huth-Brandenburg, welcher entgegen dem von der vorjährigen Kreis-Konferenz gefaßten ablehnenden Beschlusse, für die Beteiligung der Potsdamer Genossen an der Landtagswahl eingetreten ist und für dieselbe agitiert, erfährt von verschiedenen Diskussionsrednern eine herbe Kritik. Bei dem Punkt „Agitation und Organisation“ verhielten sich die Delegierten zu der von Schröder gegebenen und Schiller-Keggin unterstützten Anregung, einen Wahlverein über den ganzen Kreis zu gründen, ablehnend; Genosse Watzel teilte namens der Agitationskommission mit, daß in nächster Zeit ein monatlich erscheinendes Blatt herausgegeben werde, welches besonders die Landagitation wirksam unterstützen und die bessere Verbreitung unserer Parteipresse fördern solle.

Ueber die Stellungnahme der Konferenz zu dem Punkt „Unsere Taktik und die bevorstehenden Landtagswahlen“ berichten wir an anderer Stelle.

Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurden Schröder und Pieper-Spandau und Stadt-Potsdam, als Delegierter zum Parteitag Schmidt-Welten und als dessen eventuellen Stellvertreter Hille-Welten gewählt. Genosse Schröder wurde als Kreis-Vertrauensmann einstimmig wiedergewählt. Als Ort der nächstjährigen Kreis-Konferenz wurde Spandau bestimmt.

Die Lohnbewegung der Klempner stand auf der Tagesordnung einer Versammlung dieser Branche, die am Sonntag bei Cohn in der Beuthstraße tagte. Der Besuch war so stark, daß nicht nur der Saal, aus dem sämtliche Tische entfernt wurden, sondern auch die Nebenräume von einer dicht gedrängten Menschenmenge gefüllt waren. Wie Rätber berichtete, sind die Forderungen der Klempner sowohl den beiden in Frage kommenden Abteilungen des Verbandes der Metallindustriellen, als auch der Klempnerinnung zugeföhrt worden. Erstere haben das betreffende Schreiben gar nicht beantwortet, die Innung dagegen hat in Aussicht gestellt, daß sie erst in ihrer Quartalsversammlung am 16. Oktober zu den Forderungen der Klempner Stellung nehmen kann. (Weiter.) Der Redner bemerkt dazu, zu der Zeit, wo die Innungsmeister über die Lohnbewegung zu beraten geneigt wären, würde dieselbe längst vorüber sein. Die Haltung der beiden Zweigvereinigungen des Verbandes der Metallindustriellen könne nicht überraschen. Die Lohnbewegung werde auch ohne Rücksicht auf dieselben ihren Fortgang nehmen. Rätber empfahl folgende Resolution:

Da seitens der Unternehmervereinigungen keinerlei Schritte gethan worden sind, um eine friedliche Verständigung über die aufgestellten Forderungen herbeizuföhren, beschließt die Versammlung, daß nachstehende Forderungen am Montag, den 11. September, in allen Werkstätten den Unternehmern durch die Kollegen zu unterbreiten sind: Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit in allen Betrieben; 50 Pf. Wümmelohn pro Stunde. Ueberstunden dürfen nur in Ausnahmefällen gemacht werden und sind mit 25 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Sonnabends muß die Arbeit um 5 Uhr, am Tage vor den Festen um 4 Uhr beendet sein. Bei größeren Entfernungen ist das Fahrgehalt von der Werkstatt nach dem Bau zu zahlen. Der Accorbar ist anzuzuföhren, den Accorbararbeitern ist der Minimallohn zu garantieren. Genügende Ventilation und Wasservorrichtungen in den Werkstätten. Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen für Bauarbeiter.

Ueberraß dort, wo diese Forderungen bis Dienstag, den 12. September, abends, nicht bewilligt sind, ist die Arbeit am Mittwoch, den 13. September einzustellen. Die Kollegen sind verpflichtet, dem Bureau Amensstraße 39 sofort Kenntnis zu geben, wenn die Forderungen bewilligt sind. Desgleichen ist von jeder Arbeitseinstellung sofort Mitteilung zu machen. Angesichts der großen Zahl nicht berechtigter Mitglieder, welche an der Lohnbewegung beteiligt sind, verpflichten sich die Berliner Klempner, bis auf weiteres pro Woche 50 Pf. an den Unterstützungsfonds abzuführen.

Fröhlich teilte mit, daß die Mitglieder des Hirsch-Dumckerischen Gewerkevereins sich mit den Kollegen vom Metallarbeiter-Verband solidarisch erklären und sich der Lohnbewegung anschließen. (Bravo.) Nach weiterer Diskussion, in der alle Redner für Durchführung der Lohnbewegung sprachen, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Auf Antrag aus der Versammlung wurde beschlossen, daß die Klempner den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen zu meiden haben. Mit einem kräftigen Hoch auf das Gelingen der Lohnbewegung endete die imponante Versammlung.

Die Lohnbewegung der Glaser bildete den Gegenstand der Beratung einer öffentlichen Versammlung, die am Sonntag in den Armishallen tagte. Es wurde mitgeteilt, daß die Lohnkommission den Arbeitgebern die am 4. September aufgestellten Forderungen unterbreitet, aber keine Antwort erhalten hat. Einzelne Firmen haben die Forderungen bereits bewilligt, die meisten schienen sich jedoch ablehnend zu verhalten. Die Versammlung beschloß, daß die Kollegen am Montag, den 11. d. M., an ihre Arbeitgeber die Frage zu stellen haben, ob sie die Forderungen anerkennen oder nicht. Wo die Forderungen am Montag nicht bewilligt werden, wird die Arbeit sofort niedergelegt. — Diejenigen Kollegen, die zu den geforderten Bedingungen arbeiten, wurden verpflichtet, 10 Proz. ihres Verdienstes zum Streikfonds zu zahlen.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Wübbelpfister tagte am Sonntagvormittag bei Keller in der Appenstraße. Zunächst erhoben sich die Anwesenden zu Ehren der seit der letzten Generalversammlung gestorbenen Mitglieder von den Plätzen. Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten, deren wichtigste Punkte lauten: Sind die Mitglieder gewillt, die jetzige Geschäftsfrage anzunehmen? und: Welche Forderungen stellen wir? Schultz ist der Meinung, daß die jetzige Geschäftsfrage eine dringende ist, daß man ruhig in eine Bewegung eintreten könne. Wenn einzelnen Mitgliedern die Forderungen vielleicht etwas überausfordernd kommen, so ist daran zu erinnern, daß die Bewegung nur deshalb sich so lange hingezogen habe, weil damals durch die große Anzahl der Versammlungen die Mehrzahl der Kollegen erst für den Verband gewonnen werden mußte. Jetzt ist die Organisation stark genug, um notwendig werdende Bewegungen rasch zu unterstützen und so zu verhindern, daß das Unternehmertum Zeit zur Abwehr gewinnt. Fast sämtliche Redner sprachen sich in energischer Weise für ein sofortiges Vorgehen aus, nur wenige hielten die Bewegung für „über das Anie gebrochen“. — Es wird darauf beschlossen, daß am Montag jeder Kollege den Lohnsatz von 27 M. mindestens zu fordern hat. Wer diesen oder einen höheren Lohnsatz bereits erhält, hat eine entsprechende Aufbesserung zu verlangen. Wird einem Kollegen seine Forderung abgelehnt, so hat er sich an den Arbeitsnachweis zu wenden. Entweder wird dann von dort aus die Sache geregelt oder dem Betroffenen Arbeit zu seinen Forderungen nachgewiesen. Auf Antrag von Höfer wird dem beschloffen, auch den Accorbararbeitern anzuschließen, einen Accorbarsatz bis zu 10 Proz. zu verlangen. Angenommen werden weiter folgende Anträge: 1. Die Arbeitszeit beträgt höchstens 52 Stunden die Woche; in den Werkstätten, wo kürzere Arbeitszeit ist

oder eingeföhrt wird, haben sich die Kollegen diesem anzuschließen. — 2. Kein Kollege, welcher selbst im Arbeitsverhältnis steht, hat das Recht, Lehrlinge anzunehmen. Die Kollegen, welche einer Werkstätte vorstehen als Vorarbeiter usw., dürfen nur dann Lehrlinge annehmen, wenn der wirkliche Arbeitgeber, also Tischlermeister usw., seine Unterschrift mit auf den Kontrakt setzt. — 3. Kein Lehrling darf ohne schriftlichen Kontrakt angenommen werden. — 4. Der Lehrling darf nicht über 21 Jahre alt sein; die Lehrzeit ist durchschnittlich 2 Jahre. Bis zu 5 Gehilfen 1 Lehrling, bis 10 Gehilfen 2 Lehrlinge und für jede weitere 10 Gehilfen 1 Lehrling. — 5. Der Lohnsatz eines Grundlers ist mindestens 24 M. die Woche. — 6. Bei Arbeiten außer dem Hause ist pro Tag ein Zuschlag von mindestens 50 Pf. und Erstattung der Fahrkosten zu gewähren. — 7. Die Kollegen, welche in Nähmaschinen-, Handelsgeschäften oder in solchen Betrieben arbeiten, wo wir nur in der Minderheit sind, und die anderen Arbeiter, z. B. Metallarbeiter usw., eine längere Arbeitszeit usw. haben, sind von Vorkommendem zur Zeit nicht mitzubegriffen. — 8. Die Abschlagszahlung für Accorbararbeiter hat wöchentlich mindestens 27 M. zu betragen. — 9. Aus gesundheitlichen Rücksichten sind den Arbeitern desinfizierte Kappen und reines Werkzeug zu gewähren. Ferner muß für mindestens sechs Personen ein Waschgefäß vorhanden sein. — Unter Verschiedenem teilt der Vorsitzende noch mit, daß die Tischler bei Verloren am Montag in eine Bewegung eintreten. Er bittet die dortigen Kollegen, sich mit den Tischlern solidarisch zu erklären. Der Vorsitzende warnt dann die Kollegen eindringlich vor etwaigen unbedachten Worten sogenannten „Arbeitswilligen“ gegenüber und weist auf einen Fall hin, wo ein Arbeiter eine Vorladung erhielt lediglich deswegen, weil er die ihm unangenehme Begrüßung einer solchen Staatsstöße energisch zurückwies. Mit einem Appell an die Anwesenden, treu zur Sache zu stehen, schließt er die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend tagte am 5. September im Grand-Hotel, Neue Königstraße 44/45. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den so plötzlich dahingeshiedenen Kollegen August Jacoby durch Erlesen von den Plätzen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der Vertrauensmann David den Kassenericht über Ein- und Ausgaben vom 24. April bis 24. August: Einnahme inklusive alter Bestand 2025,56 M., Ausgabe 435,45 M., Bestand am 24. August 2193,11 M. Auf Antrag der Redner wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Hoffmann gab einen Kassenericht (solaler Seite) der Mitte Juni bis Mitte August: Einnahme 464 M., Ausgabe 49,57 M., Bestand 415,43 M. Die Decharge konnte nicht erteilt werden, indem die Redner nicht erschienen waren. Sodann gab David einen Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Er verlas einige Schriftstücke, die mit den Arbeitgebern gewechselt wurden, tadelt in längeren Ausführungen das Verhalten der Arbeitgeber und fordert die Kollegen auf, in Zukunft gewissenhafter über jeden Bau Bericht zu erstatten und auch mehr für die Sammlung einzutreten. Hagen hat durchaus von den Arbeitgebern nicht mehr erwartet und meint, daß es gerade die Herren Innungsmeister gewesen sind, die die Löhne fortwährend gedrückt haben. Thiemer ist der Meinung, die Kommission habe in agitatorischer Hinsicht ihre Aufgabe nicht genügend erfüllt. Er spricht sich dafür aus, mit den Innern zugleich in den Streit zu treten. Hoffmann tadelt das Korrespondieren mit den Arbeitgebern. John weist die Vorwürfe gegen die Kommission zurück. Hilscher ist gegen den Vorschlag Thiemers, indem ein großer Teil der Kollegen zur Zeit wochenlang keine Arbeit hat und nicht genügend Unterstützung am Plage ist. Paul Hoffmann ist ebenfalls gegen den Vorschlag Thiemers. Drunzel ist ebenfalls dagegen, mit den Innern zugleich in Aktion zu treten; er ist der Meinung, den Kollegen, die jetzt wochenlang keine Arbeit haben, kann man nicht noch zumuten, wochenlang ohne Unterstützung zu streiken; er begreift deshalb diejenigen nicht, die einen derartigen Schritt beschworen. Aufgabe der nachgebenden Kollegen ist es, die Situation genau zu erwägen; er empfiehlt, der Kommission freie Hand zu lassen. Lothar tritt ebenfalls den Ausführungen Thiemers entgegen und meint, man solle die Situation abwarten und der Kommission Zutrauen schenken.

Beschlossen wurde, der Kommission für weiterhin das Vertrauen zu schenken, ihr aber anheim zu geben, mehr Agitation zu treiben und in aller nächster Zeit eine Vertrauensmännerversammlung und, wenn möglich, hinterher eine Versammlung einzuberufen. — Als Kommissionsmitglied für den ausgeschiedenen Lippig, centrale Richtung, wurde Harnhold gewählt.

Die Maurer (centraler Richtung) hielten am Donnerstag, den 7. d. M., eine Versammlung bei Cohn, Beuthstraße, ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, erhob die Versammlung Protest gegen den letzten Versammlungsbericht des „Vorwärts“, daß selbiger nicht die ausgeschlossenen Mitglieder veröffentlicht habe. Alsdann nahm der Kollege Frisch zu seinem Referat: „Ziele und Praktiken der Unternehmer-Organisationen“ das Wort. Reicher Beifall wurde diesem Vortrag zu teil. In der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich Rud., Gröppler und Silberichmidt im Sinne des Referats. Alsdann gelangte ein Antrag zur einstimmigen Annahme, welcher besagte: „die Kollegen, welche nach § 2 Abs. 2 des am 24. Juni 1899 geschlossenen Einigungsvertrages durch hohes Alter, Unfall oder Invalidität minderleistungsfähig sind und infolgedessen nur schwer Arbeit bekommen können, vom Beitrage zum Streikfonds befreit sind, wenn ein diesbezüglicher Antrag von Seiten der Kollegen oder des Vorstandes einer zum Streikgebiete Berlin gehörigen Verbandzweigs, oder bei Einzelarbeitern von den Beitragszahlern an die Lohnkommission gestellt und von dieser acceptiert wird. Einstimmig wurde der Kollege Dunkel wieder im Verband aufgenommen. — Frisch brachte hierauf einen Fall bezüglich einer Arbeitsstelle in der Andauerstraße vor. Bauherr ist dort der frühere Gastwirt Hiemer. Der leitende Meister dieses Banes bezahlt 60 Pf. Lohn die Stunde, Herr Hiemer legte noch 3 Pf. pro Stunde aus seiner Tasche (oder den vorhandenen Baugeldern) zu. Am Sonnabend, den 28. August, war die Arbeit soweit fertig, daß am Dienstag, den 29. August, die Kohlenabnahme stattfinden konnte. Den Maurern, welche am ergebnisreichen Tage entlohnt wurden, zahlte man den vollen Lohn aus, diejenigen, welche bis Dienstag, den 29. September, arbeiteten, wurden, ohne daß vorher Herr Hiemer von Abzug gesprochen hatte, für 13 1/2 Stunden die 3 Pf. abgezogen, also pro Mann 41 Pf.; 10 Maurer waren bis Dienstag beschäftigt, also hat Herr Hiemer 4,10 M. gezahlt. Mitgeteilt wurde, daß die Namen der ausgeschlossenen Mitglieder, central sowie lokal, im Bureau sowie in den Filialen ausgehängt und beiderseits nicht aufgenommen werden. Das Bureau wurde auf Befehl der Versammlung zum 1. Oktober nach Neu-Kölln am Wasser Nr. 1 verlegt. Den Steinmetzen wurden 1000 M. überwiesen. Ein Antrag des Komitees, in diesem Jahre ein Herbst-Verhältnis in der Berliner Bod-Druckerei abzuhalten, wurde angenommen.

Die Kohlenarbeiter und Auischer hielten am Sonntagabend wieder eine Versammlung ab, die von etwa 1200 Personen, darunter auch vielen Klein-Kohlenhändlern besucht war. Wie aus dem Bericht der Lohnkommission hervorgeht, sind die Forderungen der Arbeiter den Unternehmern bereits am vergangenen Dienstag unterbreitet worden. Darauf ist von dem Verband der Berliner Kohlen-Großhändler ein Schreiben bei der Lohnkommission eingegangen, in welchem mitgeteilt wird, der Verband habe in einer Versammlung beschlossen, in Verhandlungen mit der Lohnkommission der Arbeiter nicht einzutreten. Sodann heißt es in dem Schreiben weiter: „Wir können Ihnen jedoch mitteilen, daß wir unserer Lohnkommission die Prüfung der Frage übertragen haben, und deren Ergebnisse seiner Zeit den Arbeitern direkt bekannt geben werden. Hochachtungsvoll Verband der Berliner Kohlen-Großhändler. Der Vorstand. Vichtenstein.“ Die Verlesung wurde von der Versammlung mit dem größten Unwillen entgegengenommen, und mit Rufen für sofortige Arbeitseinstellung beantwortet. Der Berichtsteller der Lohnkommission knüpft daran die Bemerkung, daß die Arbeiter eben nicht Lust hätten, zu warten, bis

es den Herren Unternehmern gefällig sein werde, den Arbeitern im „Gnaden“ etwas zu bewilligen! (Langanhaltender Beifall.) Die ganze Lohnbewegung der bisher fast gar nicht beachteten Kohlenarbeiter sei aus dem innersten Drang für eine bessere und menschliche Lebenshaltung hervorgegangen! Man werde nicht wieder so thöricht sein, diesen Herren Unternehmern ebensoviel Vertrauen schenken, wie es bedauerlicherweise die Expeditionsarbeiter gethan haben. Da es sich nunmehr darum handle, den jetzt günstigen Zeitpunkt nicht wieder unnützlich vorübergehen zu lassen, empfehle er der Versammlung nachstehende Resolution:

Die am 10. Septbr. 1899 in Cohns Hofstätten versammelten Kohlenarbeiter und Auischer Berlins erachten die Ablehnung der Verhandlungen seitens der Unternehmer als eine Herausforderung, die es verlohnt, eine friedliche Erledigung der gestellten Lohnforderungen zu ermöglichen.

Die Vertrauensmänner der einzelnen Kohlenplätze werden beauftragt, am Montag früh, den 11. Septbr., ihren Arbeitgebern die Forderungen im einzelnen nochmals zur Bewilligung zu unterbreiten und, bei Ablehnung derselben, dahin zu wirken, daß sofort die Arbeitseinstellung erfolgt. Die Vertrauensleute sind ferner verpflichtet, sofort dem Bureau des Verbandes, Wischhofstr. 13, Mitteilung über den Verlauf und augenblicklichen Stand der Lohnbewegung zu machen, um die Lohnkommission der Arbeiter zu veranlassen, sofort die geeigneten Maßregeln ergreifen zu können.

Die Verlesung dieser Resolution wurde mit lebhaftem Beifall beantwortet. Um aber allen Vertrauensmännern bezw. den Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich reichlich zu äußern, ob sie für oder gegen diese Resolution stimmen wollen, erfolgt Unterbrechung der Versammlung durch eine Pause von einer halben Stunde. Nach Ablauf derselben erfolgt zunächst die Verlesung sämtlicher Petitionen und Anträge der Arbeiter derselben, sodann eine allgemeine Besprechung. Die Klein-Kohlenhändler wurden ebenfalls aufgefordert, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen, um dadurch die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen. Ein Kohlenhändler bemerkte, daß die Unternehmer vollständig ausgeliefert seien. In der Versammlung der Großhändler habe man schon gedroht, den Kleinhändlern eventuell die Lieferungen zu entziehen. In Verbindung mit einem diesbezüglichen Schreiben an die Unternehmer seitens der Vertrauensmänner gelangte noch ein besonderer Fragebogen, über die Zahl der Arbeiter und Auischer, Lohn- und Arbeitsverhältnisse usw. zur Verlesung, um deren Beantwortung seitens der Arbeiter und Vertrauensmänner zu erreichen.

Ein Unternehmer hatte sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht zum Wort gemeldet. Es wurde mitgeteilt, daß bereits mehrere Vertrauensmänner gemahregelt seien! Hierauf wurde die Resolution einstimmig angenommen! Damit war für den Fall der Ablehnung der Forderungen am Montag, 11. September, der allgemeine Ausstand verhängt! In den Verband haben sich seit den letzten Wochen etwa sechs-hundert neue Mitglieder aus diesem Beruf aufgenommen lassen. Nach einer kräftigen Ermahnung des Vorsitzenden Schumann, während des Verlaufes der etwaigen Arbeitseinstellung die größte Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, wurde die Versammlung mit einem stürmischen Hoch auf das Gelingen der Bewegung geschlossen.

Vermischtes.

Attentat auf einen Eisenbahzug. Aus Osna brück wird vom Montag berichtet: Auf einer Personenzug wurde bei der Station Dissen auf der Strecke Dielefeld-Osnabrück ein Attentat verübt, indem Steine, sowie Holz auf die Schienen gelegt wurden. Es gelang, den Zug noch im letzten Augenblicke zum Stehen zu bringen und ein Unglück zu verhindern.

In Schöneheide bei Zwickau sind drei Häuser durch eine Fenersbrunst eingäschert worden. Zwei Personen fanden in den Flammen den Tod.

Aus Rudolfsburg wird berichtet, der im Bau begriffene Turm der reformierten Kirche wurde Sonntag durch einen hier wütenden Orkan fortgerissen. Durch herabfallende Steine wurde ein Mann getötet.

Lakaien im Infamistenstaat. Eine imponierende Stillblüte hat der preussische Ministerwechsel in einem Parteiblatt zum Ausdruck gebracht:

„Was gehen uns eigentlich der Charakter, das Geburtsjahr, die bisherige Laufbahn von Lakaien, die nicht einmal unsere sind, an?“

Daß sich die Socialdemokratie auch einmal Lakaien halten wird, ist eine radikale Umwälzung, die uns ein wenig erschreckt.

Aus Genua wird über ein Eisenbahnunglück berichtet: Zwei Jüge, welche noch einander von hier abgelassen wurden, stießen Montag auf der Station Campo Figure zusammen. Drei Personen wurden getötet, sechzehn verletzt. Der Verkehr ist nicht unterbrochen.

Nach den Schätzungen der Fachblätter wird die Weinernte des Jahres 1899 in Frankreich die vorjährige bedeutend übersteigen. Dem „Progès agricole“ zufolge wird dieselbe sich auf 48 Millionen Hektoliter belaufen, welche Ziffer indessen von anderen Fachblättern als zu hoch gegriffen bezeichnet wird. Die Durchschnittsannahme giebt 44 Millionen für Frankreich, 4500 000 für Algerien und 250 000 für Tunesien. Im Vorjahre war die Schätzung mit diese Zeit 32 000 000 Hektoliter. Dagegen werden die Ergebnisse in den Champagnergebenden Aube, Reims und Gante-Reims geringer als 1899 sein.

Eine bedeutende Zunahme der Chrenkerkrankungen in der deutschen Armee hat General-Oberarzt Dr. Villareil festgestellt. Er hat statistisch den Nachweis geführt, daß die Armee eine vom Jahre 1881/82 beginnende erhebliche Steigerung an Krankheiten des mittleren und inneren Ohres erfahren hat, die mit unerheblichen Schwankungen andauert und zwar nicht infolge von Tod, wohl aber durch Dienstunbrauchbarkeit und Invalidität einen an sich sehr erheblichen und auch sehr erheblich steigenden Verlust, ganz abgesehen von dem natürlich auch stetig anwachsenden Verlust an Dienstragen, bewirkt hat. Diese Verhältnisse erstrahlen sich gleichmäßig auf alle Armeekorps. Ueber die Gründe der bemerkenswerten Erscheinung läßt sich, wie behauptet wird, vorläufig noch kein sicherer Aufschluß geben.

Etymologische. Die alten Deutschen waren ein Praeservoll, das von den mühsamen Arbeitern der friedliebenden Slovenen lebte. Sie liebten es, auf Wärendhüften herumzuliegen, zu spielen und dabei thätig zu kriechen. Der Meth, ihr Lieblingsgetränk, wurde natürlich auch von den Slovenen bereitet; sie selbst hatten es nicht einmal der Nähe wert gefunden. Die spätere Welt sprach, das „Slovenische“, zu erlernen. Da sie noch das Unglück hatten, ein dummes Volk zu sein, so merkten sie von der „wortreichen“ slovenischen Sprache nur die Worte „Dajto so“ (gebt doch), wenn sie nämlich den Meth, ihr Lieblingsgetränk, von den Slovenen verlangten. Dieses „Dajto so“ ist dann unglücklicherweise an ihnen haften geblieben und hat sich dann in „Deutsche“ verwandelt. Also erklärt das in Triest erscheinende slovenische Blatt „Ginost“, wie den „L. R. R.“ mitgeteilt wird, das verhasste Wort „Deutsch“.

Das Blatt hält offenbar den Steuerklus für die Infarnation des Deutschtums.

Umwälzung in der Glasfabrikation. Ein amerikanisches Syndikat hat eine Glasfabrik in St. Helens eröffnet, bei der das alte System der Glasbläser durch eine Maschine ersetzt ist, die in der Stunde 500 und im Tag 5000 Erinsgläser herzubringen vermag. Ebenso kann sie 3000 bis 4000 Lampenschinder täglich erzeugen. Die Maschine wird von 4 Männern und 7 Knaben bedient. Nach dem alten System wurden im Tag nur 400 Erinsgläser erzeugt. Das wichtigste Mittel zur Beschleunigung der Fabrikation ist die Anwendung von zusammengepreßter Luft.

Eingegangene Druckschriften.

Von dem im Verlage der 'Sächsischen Arbeiter-Zeitung' in Dresden und Deutsche übertragene Stenogramme der Verhandlungen im Großen Dreifach vor dem Kriegsgericht zu Rennes ist die 3. und 4. Lieferung - a 64 Seiten - erschienen.

Marktpreise von Berlin am 9. September 1899

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, and another unit. Includes items like Schweinefleisch, Rindfleisch, Butter, Eier, etc.

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Notierungsscheite - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner. *) Reichshandelspreise.

Graduatenmarkt vom 10. September. Von den amerikanischen Wörtern wurden heute Notierungen gemeldet, gleichzeitig machte sich auch reichliches Angebot vom Inlande bemerkbar. Auf diese Momente hin gab Weizen 0,25 M., Roggen 0,50 M. nach. Gegen Schluss des Marktes trat eine kleine Bessigung ein, als aus der Provinz Kaufaufträge einliefen und konnten daraufhin beide Brotfrüchte zu Sommerpreisen (schlechten) Käufer still, Mais in amerikanischer Ware billiger offeriert, Rohöl behauptet. Kar Spiritus war zu 20 000 Liter loco Wer, die mit 43,40 M. unverändert gehandelt wurden. Termine gaben 0,30-0,40 M. nach. Kartoffelabfälle, Berlin, 11. September. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. 20,25-20,50 M., da. Supra 21,00-20,50 M., da. Secunda 14-18 M. Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. 20,25-20,50 M., da. Secunda 21,00-21,50 M., da. Secunda 14,00-13,75 M. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kg. 10,90 M. Gb.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. September 1899. Etwas wärmer bei mäßigen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge. Berlin Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 11. September 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Wetter. Lists stations like Eutin, Hamburg, Berlin, etc.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten.

Die 'Sächsische Arbeiterzeitung' liegt in der großen Vefachle in der Ausgabe, nicht am Spittelmarkt aus. Die Halle ist geöffnet von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends. Eintrittspreis 10 Pf. Ebenso ist sie in dem Kassenbüro Dresdenstr. 128/29 zu finden.

G. M. 36 und andere. Anfragen betreffend den Austritt aus der Landesliste. In Preußen kann nach dem Gesetz vom 14. Mai 1873 jeder (im Geltungsgebiete des Allgemeinen Landrechts jeder, der das 14. Lebensjahr vollendet hat) aus einer Kirche mit bürgerlicher Wirkung dadurch austreten, daß er in Person vor dem Richter seines Wohnortes eine dahingehende Erklärung abgibt. Der Austrittserklärung muß ein hierauf gerichteter Antrag vorangehen. Sodann findet, nicht vor 4 und nicht nach 6 Wochen nach Eingang dieses Antrages, vor dem Richter Termin zur Anhörung des Antrages zu gerichtlichen Protokoll statt. Der aus der Kirche Ausgetretene erhält auf sein Verlangen eine Bescheinigung seines Austritts. Die Austrittserklärung hat verfaßend nur Köhlergebühren und bare Kosten in Anspruch gebracht. - Die Austrittserklärung kann nur in Person, und nur für diese Person, also nicht für Ehefrauen, Kinder oder Mündel, erfolgen. Allerdings wird in der Theorie von einigen die Ansicht vertreten, daß der Austritt für unermündige - noch nicht 14 Jahre alte - Kinder erfolgen kann. Die Praxis und der Wortlaut steht aber dieser Ansicht entgegen. Unserer Meinung nach ist der Streit ein mäßiger, weil unermündige Kinder unter 14 Jahren - mögen sie getauft, beschnitten oder getauft sein oder nicht - vermögensrechtliche selbständige Rechte oder

Verpflichtungen in keiner Kirche haben. 2. Weder zur Taufe noch zur Konfirmation seiner Kinder kann ein Vater gezwungen werden. Nach der Verfügung und nach §§ 1-4 II, 11 sowie 14, 76, 78, 83 II, 2 u. 3. U. 9. U. 10. U. 11. U. 12. U. 13. U. 14. U. 15. U. 16. U. 17. U. 18. U. 19. U. 20. U. 21. U. 22. U. 23. U. 24. U. 25. U. 26. U. 27. U. 28. U. 29. U. 30. U. 31. U. 32. U. 33. U. 34. U. 35. U. 36. U. 37. U. 38. U. 39. U. 40. U. 41. U. 42. U. 43. U. 44. U. 45. U. 46. U. 47. U. 48. U. 49. U. 50. U. 51. U. 52. U. 53. U. 54. U. 55. U. 56. U. 57. U. 58. U. 59. U. 60. U. 61. U. 62. U. 63. U. 64. U. 65. U. 66. U. 67. U. 68. U. 69. U. 70. U. 71. U. 72. U. 73. U. 74. U. 75. U. 76. U. 77. U. 78. U. 79. U. 80. U. 81. U. 82. U. 83. U. 84. U. 85. U. 86. U. 87. U. 88. U. 89. U. 90. U. 91. U. 92. U. 93. U. 94. U. 95. U. 96. U. 97. U. 98. U. 99. U. 100. U. 101. U. 102. U. 103. U. 104. U. 105. U. 106. U. 107. U. 108. U. 109. U. 110. U. 111. U. 112. U. 113. U. 114. U. 115. U. 116. U. 117. U. 118. U. 119. U. 120. U. 121. U. 122. U. 123. U. 124. U. 125. U. 126. U. 127. U. 128. U. 129. U. 130. U. 131. U. 132. U. 133. U. 134. U. 135. U. 136. U. 137. U. 138. U. 139. U. 140. U. 141. U. 142. U. 143. U. 144. U. 145. U. 146. U. 147. U. 148. U. 149. U. 150. U. 151. U. 152. U. 153. U. 154. U. 155. U. 156. U. 157. U. 158. U. 159. U. 160. U. 161. U. 162. U. 163. U. 164. U. 165. U. 166. U. 167. U. 168. U. 169. U. 170. U. 171. U. 172. U. 173. U. 174. U. 175. U. 176. U. 177. U. 178. U. 179. U. 180. U. 181. U. 182. U. 183. U. 184. U. 185. U. 186. U. 187. U. 188. U. 189. U. 190. U. 191. U. 192. U. 193. U. 194. U. 195. U. 196. U. 197. U. 198. U. 199. U. 200. U. 201. U. 202. U. 203. U. 204. U. 205. U. 206. U. 207. U. 208. U. 209. U. 210. U. 211. U. 212. U. 213. U. 214. U. 215. U. 216. U. 217. U. 218. U. 219. U. 220. U. 221. U. 222. U. 223. U. 224. U. 225. U. 226. U. 227. U. 228. U. 229. U. 230. U. 231. U. 232. U. 233. U. 234. U. 235. U. 236. U. 237. U. 238. U. 239. U. 240. U. 241. U. 242. U. 243. U. 244. U. 245. U. 246. U. 247. U. 248. U. 249. U. 250. U. 251. U. 252. U. 253. U. 254. U. 255. U. 256. U. 257. U. 258. U. 259. U. 260. U. 261. U. 262. U. 263. U. 264. U. 265. U. 266. U. 267. U. 268. U. 269. U. 270. U. 271. U. 272. U. 273. U. 274. U. 275. U. 276. U. 277. U. 278. U. 279. U. 280. U. 281. U. 282. U. 283. U. 284. U. 285. U. 286. U. 287. U. 288. U. 289. U. 290. U. 291. U. 292. U. 293. U. 294. U. 295. U. 296. U. 297. U. 298. U. 299. U. 300. U. 301. U. 302. U. 303. U. 304. U. 305. U. 306. U. 307. U. 308. U. 309. U. 310. U. 311. U. 312. U. 313. U. 314. U. 315. U. 316. U. 317. U. 318. U. 319. U. 320. U. 321. U. 322. U. 323. U. 324. U. 325. U. 326. U. 327. U. 328. U. 329. U. 330. U. 331. U. 332. U. 333. U. 334. U. 335. U. 336. U. 337. U. 338. U. 339. U. 340. U. 341. U. 342. U. 343. U. 344. U. 345. U. 346. U. 347. U. 348. U. 349. U. 350. U. 351. U. 352. U. 353. U. 354. U. 355. U. 356. U. 357. U. 358. U. 359. U. 360. U. 361. U. 362. U. 363. U. 364. U. 365. U. 366. U. 367. U. 368. U. 369. U. 370. U. 371. U. 372. U. 373. U. 374. U. 375. U. 376. U. 377. U. 378. U. 379. U. 380. U. 381. U. 382. U. 383. U. 384. U. 385. U. 386. U. 387. U. 388. U. 389. U. 390. U. 391. U. 392. U. 393. U. 394. U. 395. U. 396. U. 397. U. 398. U. 399. U. 400. U. 401. U. 402. U. 403. U. 404. U. 405. U. 406. U. 407. U. 408. U. 409. U. 410. U. 411. U. 412. U. 413. U. 414. U. 415. U. 416. U. 417. U. 418. U. 419. U. 420. U. 421. U. 422. U. 423. U. 424. U. 425. U. 426. U. 427. U. 428. U. 429. U. 430. U. 431. U. 432. U. 433. U. 434. U. 435. U. 436. U. 437. U. 438. U. 439. U. 440. U. 441. U. 442. U. 443. U. 444. U. 445. U. 446. U. 447. U. 448. U. 449. U. 450. U. 451. U. 452. U. 453. U. 454. U. 455. U. 456. U. 457. U. 458. U. 459. U. 460. U. 461. U. 462. U. 463. U. 464. U. 465. U. 466. U. 467. U. 468. U. 469. U. 470. U. 471. U. 472. U. 473. U. 474. U. 475. U. 476. U. 477. U. 478. U. 479. U. 480. U. 481. U. 482. U. 483. U. 484. U. 485. U. 486. U. 487. U. 488. U. 489. U. 490. U. 491. U. 492. U. 493. U. 494. U. 495. U. 496. U. 497. U. 498. U. 499. U. 500. U. 501. U. 502. U. 503. U. 504. U. 505. U. 506. U. 507. U. 508. U. 509. U. 510. U. 511. U. 512. U. 513. U. 514. U. 515. U. 516. U. 517. U. 518. U. 519. U. 520. U. 521. U. 522. U. 523. U. 524. U. 525. U. 526. U. 527. U. 528. U. 529. U. 530. U. 531. U. 532. U. 533. U. 534. U. 535. U. 536. U. 537. U. 538. U. 539. U. 540. U. 541. U. 542. U. 543. U. 544. U. 545. U. 546. U. 547. U. 548. U. 549. U. 550. U. 551. U. 552. U. 553. U. 554. U. 555. U. 556. U. 557. U. 558. U. 559. U. 560. U. 561. U. 562. U. 563. U. 564. U. 565. U. 566. U. 567. U. 568. U. 569. U. 570. U. 571. U. 572. U. 573. U. 574. U. 575. U. 576. U. 577. U. 578. U. 579. U. 580. U. 581. U. 582. U. 583. U. 584. U. 585. U. 586. U. 587. U. 588. U. 589. U. 590. U. 591. U. 592. U. 593. U. 594. U. 595. U. 596. U. 597. U. 598. U. 599. U. 600. U. 601. U. 602. U. 603. U. 604. U. 605. U. 606. U. 607. U. 608. U. 609. U. 610. U. 611. U. 612. U. 613. U. 614. U. 615. U. 616. U. 617. U. 618. U. 619. U. 620. U. 621. U. 622. U. 623. U. 624. U. 625. U. 626. U. 627. U. 628. U. 629. U. 630. U. 631. U. 632. U. 633. U. 634. U. 635. U. 636. U. 637. U. 638. U. 639. U. 640. U. 641. U. 642. U. 643. U. 644. U. 645. U. 646. U. 647. U. 648. U. 649. U. 650. U. 651. U. 652. U. 653. U. 654. U. 655. U. 656. U. 657. U. 658. U. 659. U. 660. U. 661. U. 662. U. 663. U. 664. U. 665. U. 666. U. 667. U. 668. U. 669. U. 670. U. 671. U. 672. U. 673. U. 674. U. 675. U. 676. U. 677. U. 678. U. 679. U. 680. U. 681. U. 682. U. 683. U. 684. U. 685. U. 686. U. 687. U. 688. U. 689. U. 690. U. 691. U. 692. U. 693. U. 694. U. 695. U. 696. U. 697. U. 698. U. 699. U. 700. U. 701. U. 702. U. 703. U. 704. U. 705. U. 706. U. 707. U. 708. U. 709. U. 710. U. 711. U. 712. U. 713. U. 714. U. 715. U. 716. U. 717. U. 718. U. 719. U. 720. U. 721. U. 722. U. 723. U. 724. U. 725. U. 726. U. 727. U. 728. U. 729. U. 730. U. 731. U. 732. U. 733. U. 734. U. 735. U. 736. U. 737. U. 738. U. 739. U. 740. U. 741. U. 742. U. 743. U. 744. U. 745. U. 746. U. 747. U. 748. U. 749. U. 750. U. 751. U. 752. U. 753. U. 754. U. 755. U. 756. U. 757. U. 758. U. 759. U. 760. U. 761. U. 762. U. 763. U. 764. U. 765. U. 766. U. 767. U. 768. U. 769. U. 770. U. 771. U. 772. U. 773. U. 774. U. 775. U. 776. U. 777. U. 778. U. 779. U. 780. U. 781. U. 782. U. 783. U. 784. U. 785. U. 786. U. 787. U. 788. U. 789. U. 790. U. 791. U. 792. U. 793. U. 794. U. 795. U. 796. U. 797. U. 798. U. 799. U. 800. U. 801. U. 802. U. 803. U. 804. U. 805. U. 806. U. 807. U. 808. U. 809. U. 810. U. 811. U. 812. U. 813. U. 814. U. 815. U. 816. U. 817. U. 818. U. 819. U. 820. U. 821. U. 822. U. 823. U. 824. U. 825. U. 826. U. 827. U. 828. U. 829. U. 830. U. 831. U. 832. U. 833. U. 834. U. 835. U. 836. U. 837. U. 838. U. 839. U. 840. U. 841. U. 842. U. 843. U. 844. U. 845. U. 846. U. 847. U. 848. U. 849. U. 850. U. 851. U. 852. U. 853. U. 854. U. 855. U. 856. U. 857. U. 858. U. 859. U. 860. U. 861. U. 862. U. 863. U. 864. U. 865. U. 866. U. 867. U. 868. U. 869. U. 870. U. 871. U. 872. U. 873. U. 874. U. 875. U. 876. U. 877. U. 878. U. 879. U. 880. U. 881. U. 882. U. 883. U. 884. U. 885. U. 886. U. 887. U. 888. U. 889. U. 890. U. 891. U. 892. U. 893. U. 894. U. 895. U. 896. U. 897. U. 898. U. 899. U. 900. U. 901. U. 902. U. 903. U. 904. U. 905. U. 906. U. 907. U. 908. U. 909. U. 910. U. 911. U. 912. U. 913. U. 914. U. 915. U. 916. U. 917. U. 918. U. 919. U. 920. U. 921. U. 922. U. 923. U. 924. U. 925. U. 926. U. 927. U. 928. U. 929. U. 930. U. 931. U. 932. U. 933. U. 934. U. 935. U. 936. U. 937. U. 938. U. 939. U. 940. U. 941. U. 942. U. 943. U. 944. U. 945. U. 946. U. 947. U. 948. U. 949. U. 950. U. 951. U. 952. U. 953. U. 954. U. 955. U. 956. U. 957. U. 958. U. 959. U. 960. U. 961. U. 962. U. 963. U. 964. U. 965. U. 966. U. 967. U. 968. U. 969. U. 970. U. 971. U. 972. U. 973. U. 974. U. 975. U. 976. U. 977. U. 978. U. 979. U. 980. U. 981. U. 982. U. 983. U. 984. U. 985. U. 986. U. 987. U. 988. U. 989. U. 990. U. 991. U. 992. U. 993. U. 994. U. 995. U. 996. U. 997. U. 998. U. 999. U. 1000.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Zubeil, Lindenstraße 106: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Georg Wagner über: Volkshilfsbewegung und medizinische Sachverhältnisse. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand: Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß noch in allen Wahlkreisen Arbeit zur Erreichung der Ziele zu tun ist.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Versammlung am Dienstag, den 12. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in Schneiders Salon, Welfenstraße 15. Tages-Ordnung: „Die Socialdemokratie im roten Hause und die Kommunalwahlen“. Referent: Genosse Markwald. Diskussion. Verschiedenes. Zahlreichen Erscheinen erwünscht. Die nächste Vorstandssitzung findet Mittwoch, den 13. d. M., bei Krause, Wäldchen 7, statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Sonntag, den 14. September, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schiller, Rosenthalerstraße 57: Brancherversammlung der Stellmacher. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Weshalb organisieren wir uns? 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Mittwoch, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Dönhofsstraße 20/21: Vertrauensmänner-Konferenz der Klempner. Jede Werkstatt muß vertreten sein. In der Werkstatt von Cerecke, Feinzeigstraße 33, haben sämtliche 22 Kollegen die Arbeit eingestellt; desgleichen bei Bauer, Rohrenstraße 5 Kollegen.

Grosse Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Friedrich Schlegel über: „Die kulturelle Bedeutung der Arbeiter-Organisationen“. 2. Diskussion. 3. Die gegenwärtige Streik- und Lohnbewegungen in der Metallindustrie. 4. Resolutionen zur Begrüßung. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Drechsler. Achtung! Dienstag, den 12. September, abends 8 Uhr: Große öffentliche Versammlung Drechsler und Berufsgenossen (Stoß- u. Schirmarbeiter, sowie Berlin- u. Arbeiter) im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Innungs-Krankenkasse. Referent: Kollege Ernst Post. 2. Diskussion. 3. Unser Arbeitsnachweis, wie er ist und wie er sein sollte. Referent: Kollege Maass. 4. Verschiedenes. In Anbetracht der beiden wichtigen Punkte ist es jedes Kollegen Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kassenvorstände sowie Verwaltungsausschüsse beider Kassen sind ganz besonders eingeladen. 121/4 Der Einberufer: P. Binto, Stralauer Allee 25.

Achtung! Putzer. Achtung! Dienstag, den 12. Septbr., nachm. 5 1/2 Uhr: Grosse Versammlung aller Putzer Berlins und der Vororte in der Brauerei Friedrichshain, am Friedrichshain. Tages-Ordnung: 1. Situationsbericht über den Stand der Bewegung. In dieser Versammlung darf kein Kollege fehlen. 191/7

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Offen). Dienstag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Breuer, Große Frankfurterstr. 117: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Bruns über: Die Lage der arbeitenden Bevölkerung Berlins. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. - Zahlreichen Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden vor und nach der Versammlung aufgenommen. 143/8 Der Vorstand.

Bautischler! Dienstag, 12. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Keller, Kopenstr. 29: Große öffentliche Versammlung der Bautischler Berlins u. Umgegend. Tages-Ordnung: Der Verlust der Bautischler-Lohnbewegung und unsere ferneren Aufgaben. Referent: Th. Glocke. - Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Bautischlers in der Versammlung zu erscheinen. 121/8 Der Vertrauensmann: Otto Klinger.

Möbelpolierer! Heute, Dienstag, abends 8 Uhr: Große öffentliche Versammlung sämtlicher Möbelpolierer in Siebigs Salon, Frankfurterstraße Nr. 28: Tages-Ordnung: 1. Bericht über unsere Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Pflicht jedes Kollegen ist es, zu erscheinen und die geduldeten von liegenden Forderungen an die Arbeitgeber in Empfang zu nehmen, ebenso die neu gebrauchten Tarife. 147/10 Die Kommission.

Verein der Lithographen etc. Deutschlands. Zahlstelle Berlin III für Lithographen. Mittwoch, 13. September, abends 8 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstraße 15: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Geschäftsliches. 2. Moderne Richtungen im Kunstgewerbe. Referent: P. Dupont. 3. Der Lithographen Kongress in Leipzig. 4. Der Vereinungsabend am 30. September. 5. Verschiedenes. Alle Kollegen, insbesondere die Mitglieder, werden um pünktliches Erscheinen gebeten. 1200/b Der Vorstand.

Achtung! Rabiputzer und Plattenansteller. Am Mittwoch, den 13. September 1899, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Zubeil, Lindenstraße 106: Außerordentliche Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin III. des Centralverbandes der Maurer Deutschlands. Tages-Ordnung: 1. Situationsbericht über unsere Lohnbewegung. 2. Verschiedenes. 1201/b Die örtliche Verwaltung. J. A.: Carl Nieke.

Achtung! Luxuspapier-Branche! Am Mittwoch, den 13. September, abends 8 Uhr, im Saale der „Norddeutschen Drucker“, Chausseestraße 58: Große öffentliche Versammlung aller in Luxuspapier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Adolf Hoffmann über: „Auf was wir stolz sind.“ 2. Diskussion. 3. Mißstände in den Fabriken und wie beseitigen wir dieselben? 29/b Kollegen und Kolleginnen! Seid, indem Ihr für guten Verlauf der Versammlung sorgt, doch Ihr gemäßigt, den einschneidenden Arbeitsverhältnissen verschiedener Fabriken einen Namen entgegenzusetzen. Der Einberufer.

Textilarbeiter u. Arbeiterinnen. Mittwoch, den 13. September, abends 8 Uhr: Große öffentliche Versammlung im Lokale „Königsbaum“, Große Frankfurterstraße 117. Tages-Ordnung: 1. Der Streik bei der Firma Feilisch und die Lohnbewegung der Berliner Fomentenarbeiter und wie stellen sich die Berliner Textilarbeiter dazu? Referent: Kollege Kotzke. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. NB. Die Fomentenarbeiter und die Arbeiter der Firma Feilisch sind hiermit besonders eingeladen. Die Agitations-Kommission der Textilarbeiter und Arbeiterinnen für die Provinz Brandenburg. 109/3

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unvergesslichen Mutter Therese Kreuschner sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Fischerverein und dem Gesangsverein unseren tiefgefühlten Dank. 2522/b H. Kreuschner u. Sohn.

Dankfagung. Allen Freunden und Bekannten sowie dem Arbeiterverein für Pantoffel und Umhang und dem Vorterraktklub Glück auf! für die Teilnahme u. herrlichen Kranzspenden unseren innigsten Dank. Wwe. Manke u. Kinder.

Kranzbinderer u. Blumenhandlung von 124740* Robert Meyer, No. 2. Marlannenstr. No. 2. Frühling-Blumen, Gairlanden, Ballfrühlingen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Blumenhandlung und Kranzbinderer von 123312 Otto Knabe 19a Admiral-Strasse 19a empfiehlt Widmungsstränge, Sträuße, Rosetten, Topfgewächse aller Art.

Saal, Vereinszimmer empfiehlt 125032 H. Gallwitz, Dönhofsstr. 96.

Möbel auf Teilzahlung. J. Kellermann, Prinzenstr. 97, parterre, Eingang vom Hlur. 5 1/2 Bld. Brot 50 Pfg. H. Albrecht's Bäckerei. Wrangelstr. 3. Kraussstr. 19. Goldschneidstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Fahrräder. Einzig großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilzahlung, ohne Verleumdung, ohne constanten Zahlbedingungen. Adomeit & Landau, Lothringenstr. 48 1. Licht am Rosenthaler Thor.

„Tip Top“ Cigarette, groß, qualitativ und sehr preiswert sollte jeder rauchen und nicht die teuren Ersatzpreise zahlen. 100 Stück 5 M. franco per Nachn. Alfred Dörfer, Hamburg 11.

Metallarbeiter! Am Mittwoch, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr, in der „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit 47-49: Öffentl. Versammlung. Tages-Ordnung: Die gegenwärtige Geschäftslage in der Eisenindustrie und unsere nächsten Aufgaben. Referent: Alwin Kürsten. 116/10 Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7. Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131. Constante H. & M. Lewent. ohne Anzahl. B. Günzel, Lothringenstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Kämpfer. * Wäsche, Wäsche in jeder Richtung, Waschen, Waschen, Waschen, Waschen, Waschen u. dgl., sowie alle Drechslerarbeiten u. Repar. (Wohnverf. Preisverantw.).

Der Verwaltungsbericht der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin für das Rechnungsjahr 1898

bietet, wie das bei einer Organisation mit verhältnismäßig so günstigen Finanzen und mit um so umsichtiger Leitung zu erwarten ist, abermals manches beachtenswerte Material zur Erkenntnis unserer Arbeiterverhältnisse und zur Entwicklungsgeschichte des Arbeiterversicherungswesens.

Für Berlin, wie für jede Großstadt und jeden industriellen Bezirk, hat von vornherein die Altersversorgung (der mehr- oder weniger jährigen) eine geringe Bedeutung gehabt, obwohl für die ersten Anwärter bekanntlich auf jede oder fast jede Wartezeit-Erfüllung verzichtet wurde. Altersrenten wurden insgesamt in Berlin bewilligt (a) oder infolge Berufung oder Revision zurückgezogen (b):

Table with columns for years (1891-1898) and counts for categories 'a' and 'b'. Total sum is 3045 for 'a' and 293 for 'b'.

Alle diese Jahre bleibt der Durchschnitt der Arbeiter natürlich auch nicht im Bezuge der Altersrente; der Tod hält hier eine rasche und reiche Ernte. Bis Ende 1898 liefen durch die Rentenlisten der Anstalt 3998 Altersrenten überhaupt, und zwar mit einer Jahresrente von zusammen 632 827,80 Mark einschließlich des Reichszuschusses von 50 Mark für jede Rente. Bis zum 31. Dezember 1898 waren indes schon wieder ausgeschieden: durch den Tod 1193 Renten, aus anderen Gründen (also vor allem wohl, weil Greise „erwerbsunfähig“ wurden und so die höhere Invalidenrente beanspruchen konnten) 100 Renten, so daß am Jahresschlusse ein Altersrentenbestand von 2646 verblieb. Jedes vollzieht sich der Zutritt von neuen Rentenberechtigten so langsam, daß das jüngste Jahrsalter (das der Rentner zwischen 70 und 75 Jahren) in seinem Anteil an der Gesamtheit der Renten trotzdem fortwährend gesunken ist. In der jüngsten Altersklasse (70-75) standen bei den Männern:

Table showing age distribution for men in 1891, 1892, 1893, 1894, 1895, 1896, 1897, 1898.

bei den Frauen:

Table showing age distribution for women in 1891, 1892, 1893, 1894, 1895, 1896, 1897, 1898.

Hiergegen steigen die Anteile der älteren Altersgruppe, was besagen will, daß bei beiden Geschlechtern der Zutritt von Altersrentnern aus der jüngsten Altersklasse nur ein kleiner ist. Anders ist das Bild in der Invaliden-Abteilung. Erwerbsunfähige, die mindestens ihre 5 Beitragsjahre hinter sich haben, stellen sich noch immer jedes Jahr zahlreicher ein; ihre Zahl vereinigt sich mit den fortlaufenden Renten aus den Vorjahren zu immer höheren Summen, so daß also die Leistungen an Invaliden ein immer und immer größeres Uebergewicht über die Leistungen an Greise erlangen. Die der oben mitgeteilten Tabelle entsprechenden Ziffern für die Invalidenrenten sind:

Table with columns for years (1891-1898) and counts for categories 'a' and 'b'. Total sum is 6347 for 'a' and 475 for 'b'.

Bis zum Jahreschlusse liefen durch die Rentenlisten insgesamt 6822 Invalidenrenten mit 900 760,80 M. Jahresrente, einschließlich des Reichszuschusses. Auch hier erfolgt übrigens die Ausschreibung der Empfänger ziemlich rasch, und zwar durchaus nicht etwa, wie es ja denkbar wäre, durch Wiedererlangung der „Erwerbsfähigkeit“ im Sinne des Gesetzes. Ausgeschieden waren vielmehr nach dem Bericht bis 31. Dezember 1898 2200 durch Tod und nur 156 „aus anderen Gründen“, so daß am Jahreschlusse ein Invalidenrentenbestand von 4466 verblieb.

Rechnen wir von jetzt ab nicht die mitgeteilte Zahl der Anspruchsbewilligungen, sondern die Zahl der seitens des Rechnungsbureaus „endgültig verteilten“ Renten zur Grundlage, so läßt sich für die Invalidenversicherung folgende Tabelle zusammenstellen, die zeigt, wie hier die Altersklassen unter 55 Jahren weitaus das größte Kontingent der Rentenempfänger liefern. Es stellte sich bei den 1898 im Jahre 1898 zur endgültigen Verteilung gelangten Renten heraus:

Table showing age distribution of pensioners by gender (Men/Women) for various age groups from 20-25 to 70 and over.

Die Rentner vom 70. Lebensjahre an kommen also überhaupt praktisch nicht in Frage: die Invalidenrente ist nicht nur höher wie die Altersrente, sondern sie fällt auch in einer derart erdrückenden Mehrzahl der Fälle jüngerer Arbeiter zu, daß zum Beispiel die Invaliden-Rentner zwischen 20 und 25 Jahren bereits zahlreicher sind wie die mit 70 und mehr Jahren.

Was die Ursachen der „Erwerbsunfähigkeit“ im Sinne des Invalidengesetzes betrifft, so steht, wie man weiß, unter den städtischen Arbeitern die Lungenkrankheit weitaus an erster Stelle. Unter den Hauptursachen überwiegen wie in den Vorjahren weitaus bei beiden Geschlechtern die Fälle von Lungenschwindsucht mit 272 (225) bzw. 164 (147) pro Tausend, oder wenn man noch die Fälle von Lungentuberkulose hinzurechnet, mit 303 (265) bzw. 186 (168) und wenn man den Bronchialkatarrh mit einrechnet, mit 315 (274) bzw. 197 (178) pro Tausend. Auf die gesamten Krankheiten der Respirationsorgane entfallen pro Tausend aller Fälle bei Männern bzw. Frauen 394 (387) bzw. 243 (228). Bei den Männern wurde demnach über ein Drittel, bei den Frauen ungefähr ein Viertel durch eine Lungenkrankheit als Hauptursache invalid. Ein Zurückgehen des Prozentsatzes unter den wegen Lungenleiden Invaliden macht sich im Berichtsjahre trotz der umfassenden Krankenfürsorge, die gerade für Lungenleidende eingeführt wurde, nicht bemerkbar, ja er ist sogar gegen das Vorjahr bei den Männern um 1 Prozent ungefähr und bei den Frauen sogar um 2 Prozent gestiegen. — Der Zahl nach schließen sich den Lungenkrankheiten beim männlichen Geschlecht die Krankheiten des Nervensystems mit 187 (197) pro Tausend aller Fälle an, wozu noch 28 (34) Fälle von Augenkrankheiten und 4 (2) Fälle von Ohrenkrankheiten kommen; es folgen alsdann die Krankheiten der Haut, Knochen und Muskeln mit 137 (112), die Krankheiten des Gefäßsystems mit 103 (91) und schließlich die Krankheiten der Entwicklung und Ernährung mit 88 (95) pro Tausend. Bei den Frauen treten neben den Lungenkrankheiten die Krankheiten der Entwicklung und Ernährung vorzüglich als Invaliditätsursachen auf mit 207 (210) pro Tausend, ihnen schließen sich an die Krankheiten der Haut, Knochen und Muskeln mit 181 (235), es folgen alsdann die Krankheiten des Nervensystems mit 149 (85), wozu noch 13 (9) Ohren- und 49 (49) Augenkrankheiten zu rechnen sind, die Krankheiten des Gefäßsystems 92 (112) pro Tausend u. s. f. Bei den großen Krankheitsgruppen treten demnach bei den Männern gegen das Vorjahr nur Schwankungen von 1 bis 3 Proz. auf, während bei den Frauen eine Steigerung der Anteile der Lungenkrankheiten von 8,5 auf 14,9 Proz. bzw. ein Fallen derselben bei den Krankheiten der Haut, Knochen und Muskeln von 23,5 auf 18,1 Proz. zu verzeichnen ist.

Dem Alter nach wechselt die Stärke dieser Invaliditätsursachen. Beim männlichen Geschlecht wurden von 100 im Alter von 20-25 Jahren invalide gewordenen Personen 76 (53) wegen Lungenkrankheiten einschließlich chronischen Bronchialkatarrhs arbeitsunfähig, ein Satz, der dann in den folgenden Altersklassen zuerst langsam, in den Altersklassen von 50 Jahren und darüber beträchtlich bis auf 20 Proz. der über 70 Jahre alten Rentner abnimmt. Bei den Frauen zeigen die Altersklassen von 20-40 Jahren die größte Anzahl von Lungenkranken — unter 100 Rentnerinnen der betreffenden Altersklassen waren 36 bis 46 Lungenkrank —; bei den Rentnerinnen über 70 Jahre kamen Lungenkrankheiten nur in der Höhe von 7 Proz. vor. Die Nervenkrankheiten als Invaliditätsursachen traten bei den Männern vorzüglich im Alter von 30 bis 60 Jahren auf, und die

Krankheiten der Knochen und Gelenke bei den Personen, die das 50. Lebensjahr überschritten hatten. Bei den Frauen sind die Nervenkrankheiten in den beiden letzten Altersgruppen von 65/70 Jahren und darüber nur mit geringen Anteilen vertreten, in den anderen Altersklassen schwanken sie zwischen 9 bis 27 Proz. Dagegen weisen die Krankheiten des Gefäßsystems und die der Haut und Knochen auch in den letzten Altersklassen bei den Frauen starke Anteile auf.

Wir kommen nun noch zu der dritten Kategorie der Klassenleistungen, zu den Beitragsrückstellungen: nach § 30 erhalten weibliche Personen, die eine Ehe eingehen, eventuell die Hälfte der für sie geleisteten Beiträge zurück — nach § 31 gilt dies auch für die Wittwen und Weisen einer vorzeitig verstorbenen Person. Auch die Rückerstattungs-Bewilligungen sind noch fortgesetzt im Wachsen. Es wurden nämlich bewilligt:

Table showing the number of contributions returned for marriages and deaths from 1895 to 1898.

Im Durchschnitt stellten sich, den höheren Beiträgen der Männer entsprechend, die Todes- u. Heiratsbeiträge auf 46,55 M. gegenüber 30,92 M. bei der Heiratsrückzahlung. Diese Summen sind freilich recht minimal, indes müssen sie ja, wenigstens im Todesfalle, wesentlich steigen, je länger das Gesetz in Kraft steht, je mehr Beiträge also entrichtet worden sind. Die Minimal- und Maximalgrenzen waren bei den Heiratsrückstellungen 17 und 60,00 M.; den Frauen mit 21 und 23 Jahren, die erst 5-7 Jahre in Versicherung standen, wurden an Beitragsrückstellungen im Durchschnitt 24,91 bis 29,18 M. angewiesen, die älteren Frauen mit längerer Versicherungsdauer erhielten 30 bis 38 M. durchschnittlich ausgegahlt.

Die folgende Zusammenstellung zeigt die Zunahme des Anstaltsvermögens seit 1891, sowie die durchschnittliche Verzinsung des angelegten Kapitals für die einzelnen Jahre unter Zugrundelegung der buchmäßigen Ankaufswerte.

Table showing the average interest rate on the fund's assets from 1891 to 1898.

Die Anstalt erscheint so auf dem Hypotheken- und Staats- und Kommunalanleihen-Markt als ein nicht zu unterschätzender Faktor. Die Betriebsüberschüsse des Jahres 1898 wurden hauptsächlich in Anleihen der Stadt München, sowie in erstklassigen mündelsicheren Hypotheken auf Berliner Hausgrundstücke angelegt. Daneben fand eine Beteiligung an einer Anleihe der Gemeinde Deutsch-Wilmersdorf statt. In kleineren Beträgen wurden auch deutsche Reichsanleihen und bayerische Eisenbahn-Anleihen-Obligationen erworben.

Dem Vorstande der Anstalt gehören für 1899 an: a) als beamtete Mitglieder Dr. jur. Freund, als Vorsitzender, Dr. jur. Sträter, als Stellvertreter des Vorsitzenden; b) als gewählte Vertreter der Arbeitgeber: Maurermeister B. Wehle, Banquier Oscar Kelle, Dr. Hugo Gerschel, Banquier Albert Schappach. Versicherten: Maurer E. Simanowski, Tischler S. Wobersoh, Klempner Friedrich Pfeffel, Tischler Robert Ahrens.

So viel für heute aus dem Verwaltungsbericht. Auf einige besondere Fragen, wie die Entwicklung der wichtigen Krankenfürsorge, welche der Erwerbsunfähigkeit vorbeugen oder die schon eingetretene Erwerbsunfähigkeit wieder beseitigen soll, kommen wir zurück.

Advertisement for Aulus Borsdorf, Neue Königstraße 31/32, featuring 'Trinkt vom Fass! Goldklares Weissbier'.

Advertisement for Cohns Festsäle, Beuthstrasse 20, and Flora-Säle, Weberstr. 17, offering event spaces.

Advertisement for 'Unterrichten Sie sich!' regarding tenant rights and duties, by M. Schulmeister.

Advertisement for furniture and upholstery by A. Schulz, featuring 'Möbel und Polsterwaren'.

Advertisement for Kondor Räder, featuring bicycles and transport vehicles.

Advertisement for 'Chronische Kranke' (chronic patients) and a sanatorium.

Advertisement for 'Haben Sie Wanzen?' (Do you have bedbugs?) and pest control services.

Advertisement for Otto Reichel, a Berlin SO. real estate agent.

Advertisement for 'Der Tod' (Death) insurance policy.

Advertisement for 'Zensel' (Zensel) leather goods and accessories.

Advertisement for 'Möbel' (Furniture) by Wilh. Lambrecht.

Advertisement for Robert Hecht, a Berlin SO. real estate agent.

Advertisement for 'Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau'.

Advertisement for 'Gejangbücher' (Songbooks) and other publications.

